

**Bestand Die Grünen
Teil 5**

**Pressemitteilungen des Bundesvorstandes
der Grünen
1979-1993**

Bestandsverzeichnis

Heinrich-Böll-Stiftung

Archiv Grünes Gedächtnis

Einleitung

Die Grünen (1980-1993), Pressestelle

Die Pressemitteilungen des Bundesvorstandes sind eine originäre Quelle zu den politischen Positionen der Grünen. Sie wurden im Rahmen eines studentischen Praktikums der Fachhochschule Potsdam verzeichnet.

Die Unterlagen der Pressestelle enthalten die Presseerklärungen seit der Gründung der Sonstigen Politischen Vereinigung Die Grünen im März 1979 bis zur Vereinigung von Bündnis 90 mit den Grünen im Jahre 1993. Zuständig für die Veröffentlichung der Pressemitteilungen war zunächst der Milan Horáček. 1984 wurde eine Pressestelle eingerichtet, die zuerst von Michael Schroeren und später von Anne Nilges geführt wurde. Die Pressemitteilungen spiegeln die Schwerpunkte der Politik des Bundesvorstandes wieder. Durchgängig haben Die Grünen die Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols kritisch begleitet. Das schloss die Beachtung der Menschenrechte in Ost und West ein. Ein Schwerpunkt zu Beginn der neunziger Jahre war die Kritik der Ausländer- und Asylpolitik der Bunderegierung. Außerdem enthalten die Presseerklärungen Informationen über Veranstaltungen der Grünen und die wichtigsten Parteibeschlüsse.

Verzeichnung

Die Pressemitteilungen befanden sich in Aktenordnern, welche bei der Verzeichnung aufgelöst wurden. Aus konservatorischen Gründen wurden Plastik- und Metallteile entfernt und die Presseerklärungen in säurefreie Mappen umgepackt. Im Zuge der Verzeichnung konnte ein Ablagefehler korrigiert und eine einheitliche Aktenserie gebildet werden. Die Pressemitteilungen sind nicht vollständig, insbesondere fehlt der Ordner für den Zeitraum von September bis Dezember 1985. Die Umfänge der einzelnen Akten sind in cm angegeben und die wichtigsten Inhalte im Enthält-Vermerk genannt. Personen, Körperschaften und Orte wurden zur Verbesserung der Recherchemöglichkeiten indiziert und die wichtigsten Inhalte mittels des archiveigenen Thesaurus' verschlagwortet. Zur Verzeichnung wurde die Archivsoftware FAUST 8 benutzt.

Berlin, im Februar 2017

Wiebke Hänel

1. Pressemitteilungen

- 289 *lfd. Nr. 1*
Pressemitteilungen 03.1979 - 05.1979
Band 1

Enthält nur:

Presseerklärungen der neu gegründeten politischen Vereinigung Die Grünen von der ersten Pressekonferenz am 2. April 1979 bis zum 31.05.1979, ganz überwiegend zur Kandidatur der Grünen bei der Europawahl 1979; atompolitische und abrüstungspolitische Stellungnahmen, Erklärung zur Reaktorkatastrophe von Harrisburg, 03.04.1979.-

Umfang: 1,0 cm

- 290 *lfd. Nr. 2*
Pressemitteilungen 06.1979 - 07.1979
Band 2

Enthält nur:

Presseerklärungen der Sonstigen Politischen Vereinigung Die Grünen von der Schlussphase des Europawahlkampfes bis zur Konstituierung der technischen Fraktion aus dem grün-radikalen Wahlbündnis zur Europawahl, 01.05.1979 bis 31.07.1979, überwiegend zur Kandidatur der Grünen bei der Europawahl 1979, zum Rechtsstreit um die Gültigkeit der 5 %-Hürde bei der Europawahl und zum Wahlausgang sowie zur Atom- und Abrüstungspolitik; einzelne Presseerklärungen grüner Listen aus Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Bayern.-

Umfang: 1,0 cm

291 *lfd. Nr. 3*
Pressemitteilungen 08.1979 - 11.1979
Band 3

Enthält nur:

Presseerklärungen der Sonstigen Politischen Vereinigung Die Grünen vom 01.08.1979 bis 13.11.1979, u.a. zur Internationalen Abrüstungsfahrt von Brüssel nach Warschau, 01.-10.08.1979, zum gemeinsamen Ökologieseminar mit dem BBU am 22./23.09.1979 in Ulm - d.i. ein Treffen der SPV Die Grünen mit den grünen, alternativen und bunten Listen in der Absicht, sich gemeinsam an der Bundestagswahl 1980 zu beteiligen -, zur Gründung der Landespartei Die Grünen Baden-Württemberg am 30.09.1979, zum Wahlerfolg der Bremer Grünen Liste am 07.10.1979, zur Bundesversammlung der SPV in Offenbach am 03./04.11.1979.-

Umfang: 1,0 cm

292 *lfd. Nr. 4*
Pressemitteilungen 01.1980 - 06.1980
Band 4

Enthält nur:

Pressemitteilungen des Bundesvorstands der Grünen vom 31. Januar 1980 bis Ende Juni 1980, insbesondere:

- Pressemitteilung mit Erklärungen der Landesmitgliederversammlung der Grünen NRW vom 23.-25.02.1980 in Wesel, u.a. zum sowjetischen Einmarsch in Afghanistan am 27.12.1979;
- Pressemitteilung zur Bedeutung der Landtagswahl am 16. März 1980 in Baden-Württemberg, mit Aufruf der bundesweiten Wählerinitiative für Die Grünen in Baden-Württemberg, 06.03.1980;
- Pressemitteilung, Einladung zur Pressekonferenz des am 23.03.1980 in Saarbrücken neugewählten Bundesvorstands, Vorsitzende: Petra Kelly, August Haußleiter und Norbert Mann;
- Erklärung des Bundesvorstands zur Teilname an den Bundestagswahlen 1980, 11.04.1980;
- Presseerklärung der Grünen NRW zum Ausgang der nordrhein-westfälischen Landtagswahl am 11.06.1980;
- Presseerklärung zur Räumung des Hüttendorfes Freie Republik Wendland am Bohrloch 1004 in Gorleben, 04.06.1980;
- Presseerklärung mit Forderung, gemeinsam mit dem BBU, nach Alternativen zum motorisierten Individualverkehr, u.a. Forderung eines autofreien Sonntags am 08.06.1980;
- Einladung zur Bundesversammlung am 21./22.06.1980 in Dortmund;
- Gründung der Arbeitsgemeinschaft Frieden und Gewaltfreiheit am 17.06.1980 in Mainz, Sprecher Roland Vogt, 19.06.1980;
- Erklärung des Bundesvorstands und der Landesverbände anlässlich der Stellungnahme von Herbert Gruhl in der BILD-Zeitung zum Ausgang der Bundesversammlung in Dortmund, 25.06.1980.-

Umfang: 1,0 cm

293 *lfd. Nr. 5*
Pressemitteilungen 07.1980 - 12.1980
Band 5

Enthält nur:

Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von Juli bis Dezember 1980, insbesondere zum Bundeswahlkampf der Grünen,

- Forderung der Grünen nach Abschaffung der Prügelstrafe, 29. Juli 1980;
- Stellungnahme gegen die Einleitung von Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffe in den Rhein, 15. Aug. 1980, und gegen die Einsetzung von Gift in der Forst- und Landwirtschaft;
- Besetzung der Südkoreanischen Botschaft in Bonn anlässlich des Todesurteils gegen Kim Dae Jung, 17. Sept. 1980;
- Aufruf zur Protestdemonstration gegen die Startbahn-West, 30. Okt. 1980;
- Stellungnahme zur Entwicklung des Verhältnisses zwischen der BRD und DDR und Forderung nach Abrücken vom NATO Doppelbeschluss, 17.11.1980, weitere Erklärungen gegen die Nachrüstung;
- Forderung nach Fleisch-Boycott wegen des unkontrollierten Einsatzes von Hormonen, Antibiotika und anderen Medikamenten, 20. Nov. 1980;
- Presseerklärung zum Krieg zwischen Iran und Irak mit Protest der Grünen gegen ein begrenztes Eingreifen der Westmächte zur Sicherung der Ölquellen, ca. Dez. 1980;
- Erklärung gegen die Einführung von Wehrkundeunterricht, 15. Dez. 1980;
- Disziplinierungsverfahren gegen Gefangene der Justizvollzugsanstalt Kaisheim, Bayern, die eine Gefangenen-Selbsthilfegruppe gegründet haben, 18. Dez. 1980.-

Umfang: 1,0 cm

294 *lfd. Nr. 6*
Pressemitteilungen 01.1981 - 05.1981
Band 6

Enthält nur:

Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von Januar bis Mai 1981, insbesondere zur Atom- und Nachrüstungspolitik sowie der damit verbundenen Einschränkung von Grundrechten,

- Forderung nach Rückzug der Zustimmung der Bundesregierung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern und Unterstützung von Mitgliedern der Partei, die Flugblätter, Plakate und Broschüren verbreiten, 26. Jan. 1981;
- Aufruf zur Demonstration in Brokdorf und gegen die Kriminalisierung der Demonstrationsteilnehmerinnen, 23. Feb. 1981; Sitzblockade gegen die Kriminalisierung von gewaltfreien Demonstranten bei Polizeieinsätzen, 26. Feb. 1981;
- Stellungnahme zur gewaltfreien Instandbesetzung gegen die Vernichtung von preiswerter Wohnraum in Nürnberg sowie gegen die Zerstörung von Stadtteilen und Zersiedelung des Umlandes, 08. März 1981;
- Veröffentlichung der Lagekarte der zivilen und militärischen Atomanlagen, 12. März 1981;
- Beschluss zu Internationalen Demonstrationen in Brüssel gegen die Nachrüstung der NATO, 16. März 1981;
- Information zum Friedensmarsch skandinavischer Frauen von Polen nach Portugal vom 21. Juni bis 25. Aug. 1981;
- Stellungnahme der Partei gegen die Verkürzung atomrechtlicher Genehmigungsverfahren zur Beschleunigung des Baus neuer Atomanlagen, ca. März/April 1981;
- Kurzfassung der Klage gegen die Stationierung von US-Raketen in Westeuropa und die Vorbereitung eines Angriffskrieges, 9. April 1981.-

Umfang: 1,0 cm

295 *lfd. Nr. 7*
Pressemitteilungen 05.1981 - 08.1981
Band 7

Enthält nur:

Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von Mai bis August 1981, insbesondere zur Atom- und Nachrüstungspolitik

- Forderung nach Veröffentlichung unterschlagener Informationen für eine Expertenanhörung zur den Auswirkungen des französischen Atomkraftwerks Cattenom, 14. Mai 1981;
- Forderung, fachistische Organisationen aus der Türkei in der Bundesrepublik zu verbieten, vor allem die Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) und die Grauen Wölfe, 15. Mai 1981;
- Forderung an Bundestag und Bundesverkehrsminister nach Abbau unökologischer Subventionen, stattdessen Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs, 25. Mai 1981;
- Forderung nach Abrüstung und einer alternativen nicht militärischen Verteidigungskonzeption sowie Aufruf zur Spende für das Grüne Friedensfest, ca. Juni 1981;
- Aufruf zum politischen Generalstreik gegen das atomare System der NATO sowie Würdigung der gesellschaftlichen Ziele der polnischen Gewerkschaft Solidarität, 5. Juni 1981;
- Forderung, den Bau und Export von Atomkraftwerken zu verbieten und eine Internationale Konvention gegen die Verbreitung von Atomkraftwerken zu beschließen, 10. Juni 1981;
- Erklärung zur Bundesdelegiertenversammlung vom 2.-4. Oktober 1981 in der Stadthalle Offenbach zur Verabschiedung eines Friedens-Manifestes, u.a. gegen die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen und zur Wahl des Bundesvorstandes und Schiedsgerichtes, 31. Juli 1981;
- Erklärung gegen die Pläne der US-Regierung, in Südkorea und Japan Pershing II und Cruise Missile Raketen zu stationieren, und Aufruf an die deutsche Öffentlichkeit, Druck auf die USA und die eigene Regierung auszuüben um einen neuen Weltkrieg zu verhindern, 6. August 1981;
- Stellungnahme des Bundesvorstandes zur Ablehnung eines Ermittlungsverfahrens gegen die für die Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses verantwortlichen Politiker zur Vorbereitung eines Angriffskrieges, 7. August 1981;
- Stellungnahme des Bundesvorstandes wegen der Inhaftierung von Bürgerrechtlern der Charta 77 in der Tschechoslowakei und der Gewerkschaftsbewegung Solidarität in Polen; Unterstützung der Forderung nach Meinungsfreiheit sowie die Freilassung aller politischer Gefangenen in der CSSR, 20. Aug. 1981.-

Umfang: 1,0 cm

296 *lfd. Nr. 8*
Pressemitteilungen 09.1981 - 12.1981
Band 8

Enthält nur:

Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von September bis Dezember 1981, insbesondere zur Atom- und Abrüstungspolitik,

- Forderung nach Abschaltung des Atomkraftwerks Fessenheim und Demonstration gegen die Lieferung abgebrannter Brennelemente aus deutschen Reaktoren an die Wiederaufbereitungsanlage in La Hague und gegen die deutsch-französische Atompolitik, 1. Okt. 1981;
- Mitteilung zur Bundesdelegiertenversammlung vom 2.-4. Okt. 1981 über die Verabschiedung eines Friedensmanifestes und Neuwahl des Bundesvorstandes, 1. Okt. 1981;
- Erklärung des Bundesvorstandes zur Ermordung des ägyptischen Staatspräsidenten Sadat und der zunehmenden Brutalisierung der politischen Auseinandersetzungen, 8. Okt. 1981;
- Verurteilung der vom hessischen Innenminister angeordnete Räumung des Hüttendorfes auf dem Gelände der Startbahn-West, 2. Nov. 1981;
- Mitteilung über die Demonstration am 22. Nov. 1981 anlässlich des Besuches von Leonid Breschnew, u.a. für eine atomwaffenfreie Zone von Polen bis Portugal und demokratischer Bürgerrechte in Ost und West, 22. Okt. 1981;
- Mitteilung über die Teilnahme an dem friedenspolitischen Forum in Rom über das Verhältnis politischer Kräfte zu der außerparlamentarischen Friedensbewegung, die sich vor allem in den skandinavischen Ländern und auf dem Balkan für eine atomwaffenfreie Zone einsetzen, 16. Nov. 1981, mit Schreiben des Bundesvorstandes an Leonid Breschnew und Helmut Schmidt mit Erläuterung der friedenspolitischen Forderungen der Grünen und des Russel-Forums in Rom;
- Appell an die Studenten/innen, sich mittel- und langfristig für die Bildungspolitik und gegen die Kriegsvorbereitungen (Vor- und Aufrüstung) und den Militarismus einzusetzen und die westdeutschen und westberliner Hochschulen einer geistigen Instandbesetzung zu unterziehen, 10. Dez. 1981.-

Umfang: 1,0 cm

297 *lfd. Nr. 9*
Pressemitteilungen 01.1982 - 06.1982
Band 9

Enthält nur:

Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von Januar bis Juni 1982, insbesondere zur Atom- und Abrüstungspolitik,

- Aufforderung durch Aktionen und Demonstrationen am 30. Jan. 1982 in Köln, die Solidarität mit den polnischen Volk und Solidarnosc in der Öffentlichkeit zu bekunden, 25. Jan. 1982;
- Mitteilung über die Ablehnung der Massenvernichtungswaffen im Westen und Osten sowie über einen gewaltfreien Widerstand gegen Giftgaslager in der Bundesrepublik und Europa und Forderung von Petra Kelly an Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Verteidigungsminister Hans Apel, sich im Rahmen des Verteidigungsausschusses der NATO und der Abrüstungsdebatte der Vereinigten Nationen im Juni/Juli in New York für den Abzug chemischer Waffen einzusetzen, 9. Feb. 1982;
- Kritik des Bundeshauptausschusses an der Parteigründung durch die Demokratischen Sozialisten, 8. März 1982;
- Mitteilung über das Begräbnis des Regimekritikers Robert Havemann und Einreiseverweigerung der persönlichen und politischen Freunde zur Teilnahme an dem Begräbnis in Grünheide bei Berlin, 16. April 1982;
- Aufruf von Dieter Burgmann, Mitglied des Bundesvorstandes, der Industriegewerkschaft Metall und Betriebsrat, zur Demonstration am 1. Mai 1982, 29. April 1982;
- Verurteilung der Erprobung der französischen Neutronenbombe in der Südsee auf dem Mururoa-Atoll sowie Aufforderung an die französische Regierung, Daten über die freigesetzte Radioaktivität zu veröffentlichen, ca. April 1982;
- Forderung nach sofortigem Waffenstillstand und Entmilitarisierung im Konflikt um die Falkland-Malvinasinseln, 12. Mai 1982
- Forderung an die Bundesregierung und den Bundestagsabgeordneten nach Aufklärung für die Ermordung Gefangener aus politischen Gründen, Fragestunde im Deutschen Bundestag, Entsendung einer unabhängigen Untersuchungskommission und Prozessbeobachtung durch die Internationale Juristenorganisation, unterstützt durch einen Hungerstreik vor der Botschaft der Türkischen Republik, 9. Juni 1982;
- Erklärung des Bundesvorstandes zur Friedensdemonstration am 10. Juni 1982 zur Verhinderung der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen und aller ABC-Waffen in ganz Europa, 10. Juni 1982;
- Forderung nach Unterstützung des UNO-Beschlusses durch die Europäische Gemeinschaft und die Bundesrepublik Deutschland, für den sofortigen Rückzug Israels aus dem Libanon, 28. Juni 1982.-

Umfang: 1,0 cm

298 *lfd. Nr. 10*
Pressemitteilungen 06.1982 - 12.1982
Band 10

Enthält nur:

Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von Juli bis Dezember 1982, insbesondere zur Atom- und Abrüstungspolitik,

- Forderung nach Einstellung des Baus des Atomkraftwerks schneller Brüter in Kalkar und des Thorium-Hochtemperatur-Reaktors in Hamm, 21. Juli 1982;
- Forderung nach sofortigem Waffenstillstand im Libanon und Wiedergutmachung durch Soforthilfe mit Geldern und Hilfsgütern an die libanesischen und palestinensischen Opfer der Angriffe auf die Flüchtlingslager, 25. Juni 1982;
- Aufruf zur Demonstration gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit, Sept. 1982;
- Beschluss der Bundesdelegiertenversammlung vom 12. bis 14. Nov. 1982 in Hagen, zur Unterstützung der Bittburger Friedensinitiative die Stationierungsstandorte für Cruise Missiles und Pershing II offenzulegen, 16. Nov. 1982;
- Forderung nach Abschaffung der längeren Dienstpflicht bei Kriegsdienstverweigerern, 19. Nov. 1982;
- Information zum Internationalen Hungerstreik seit dem 15. Nov. 1982 in Comiso in Südsizilien, der Initiative Comitato per il disarmo e la pace, gegen die Stationierung von Cruise Missiles und anderen Erstschlagswaffen, ca. Dez. 1982;
- Forderung die Einfuhr von Robbenfellen in die Europäische Gemeinschaft zu verbieten, 14. Dez. 1982;
- Aufruf zur Internationalen Friedensdemonstration am 10. Juni in Bonn anlässlich des NATO-Gipfels in Bonn, u. a. gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen und Senkung der Rüstungsausgaben in Ost und West.-

Umfang: 1,0 cm

- 299 *lfd. Nr. 11*
Pressemitteilungen 01.1983 - 02.1983
Band 11
- Enthält nur:
Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von Januar bis Februar 1983, insbesondere zur Atom- und Abrüstungspolitik,
- Vorstellung der inhaltlichen Konzeption für den Wahlkampf und der künftigen Arbeit im Bundestag, auf der Bundesdelegiertenversammlung in Sindelfingen am 15. und 16. Jan. 1983, u.a. zum Ausstieg aus der Nachrüstung und Stopp des Atomprogramms, 07. Jan. 1983;
 - Mitteilung zum Internationalen Tribunal vom 18. bis 20. Feb. 1983 in Nürnberg, gegen das nukleare Wettrüsten sowie der Produktion und Lagerung von B- und C-Waffen, 21. Jan. 1983; Klageschrift des Tribunals gegen Erstschlags- und Massenvernichtungswaffen und Beschluss des Tribunals;
 - Forderung nach sofortigem Rücktritt von Bundeskanzler Helmut Kohl aufgrund der Entgegennahme von Spenden vom Flick-Lobbyisten von Brauchitsch, 25. Jan. 1983; Erklärung zur Organklage gegen die indirekte Parteifinanzierung durch globale Zuschüsse zur gesellschaftlichen und politischen Zusammenarbeit an parteinahe Stiftungen, insbesondere die Konrad-Adenauer-Stiftung, Hans-Seidel-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung und Friedrich-Naumann-Stiftung, 01. Feb. 1983;
 - Forderung nach Einstellung der Baumaßnahmen für den Rhein-Main-Donau-Kanal, 2. Feb. 1983;
 - Mitteilung über die wissenschaftliche Konferenz, 27./28. Jan. 1983 in der Kernforschungsanlage Jülich, über Forschung zum Sauren Regen, 3. Feb. 1983;
 - Aufruf zum Boykott der Volkszählung durch Auskunftsverweigerung, 27. Feb. 1983;
 - Erklärung des Bundesvorstandes zum Absturz des sowjetischen Satelliten Kosmos 1402, welcher Radioaktivität in der Lufthülle verteilte, sowie eine weltweite Forderung des Stopps der Entwicklung und Herstellung neuer Atomwaffen, militärischer Weltraumtechnik und Einstellung der Arbeiten zur Hochenergielasertechnik der Deutschen Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt, 8. Feb. 1983;
 - Forderung der Partei und des Präsidiums der SPD nach Abschaffung chemischer Waffen in Mitteleuropa, ca. Feb. 1983;
 - Aufruf zum "Kabel-Groschen"-Boykott, gegen die Erhöhung der Rundfunkgebühren, ca. Feb. 1983;
 - Interview mit Heinrich-Böll über die Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland am 10. Feb. 1983 in Bonn, ca. Feb. 1983;
 - Appell an die Deutsche Bischofskonferenz in Trier, eine Friedenserklärung zu veröffentlichen, die sich gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles einsetzt, 22. Feb. 1983;
 - Aufruf an die Nachbarländer, den Transport von Giftmüll für die Deponie Schönberg in der DDR zu stoppen, da von ihr eine Bedrohung für die Wasserversorgung der Stadt Lübeck und der Umgebung ausgeht, 25. Feb. 1983.-

Umfang: 2,0 cm

300 *lfd. Nr. 12*
Pressemitteilungen 03.1983 - 08.1983
Band 12

Enthält nur:

- Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von März bis August 1983, insbesondere zur Atom- und Abrüstungspolitik und Menschenrechtsverletzungen,
- Forderung nach Umlenkung der Forschungsmilliarden für den schnellen Brüter in Kalkar und Hochtemperaturreaktor in Hamm auf sofortige Maßnahmen gegen das Waldsterben, ca. April 1983;
 - Erklärung des Bundesvorstandes zu den angeblichen Tagebüchern Hitlers, 27. April 1983;
 - Forderung an den Präsidenten der Tschechoslowakei Gustav Husak nach der sofortigen Freilassung des Sprechers der Menschenrechtsbewegung Charta 77 Ladivlav Lis, 18. Juli 1983;
 - Schreiben an den türkischen Staatspräsidenten Kenan Evren über den Hungerstreik der politischen Gefangenen zur Verbesserung Ihrer Haftbedingungen, 29. Juli 1983;
 - Appell an die Deutsche Demokratische Republik, sich innerhalb des Warschauer Paktes und gegenüber der Sowjetunion für Rüstungsverzicht und Abrüstung einzusetzen, wie es auch von der Bundesrepublik Deutschland und den USA gefordert wird, 12. Mai 1983.-

Umfang: 1,0 cm

301 *lfd. Nr. 13*
Pressemitteilungen 09.1983 - 11.1983
Band 13

Enthält nur:

- Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von September bis November 1983, insbesondere zur Atom- und Abrüstungspolitik und Menschenrechtsverletzungen,
- Erklärung zum Abschuss eines südkoreanischen Passagierflugzeuges durch sowjetische Kampfflugzeuge, bei dem 269 Menschen ums Leben kamen, 02. Sept. 1983;
 - Aufruf zum Fasten für sofortige Abrüstungsschritte am 18. Sept. 1983 , 12. Sept. 1983;
 - Forderung nach Freilassung von Martin Böttger, der sich in der DDR gegen die Stationierung von neuen Mittelstreckenraketen engagierte, 15. Sept. 1983;
 - Demonstration der amerikanischen Friedensbewegung gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Westeuropa, erste große Kundgebung gegen den NATO-Doppelbeschluss am 300. Jahrestag der Ankunft deutscher Einwanderer in Philadelphia, Philadelphia 22. Sept. 1983;
 - Demonstration der Industriegewerkschaft Metall am 29. Sept. 1983 in Bonn für den Erhalt von Arbeitsplätzen, insbesondere in der Schiffsbaubranche, ca. Sept. 1983;
 - Erklärung zur Absetzung des Report-Moderators Franz Alt, welcher ein Kritiker der NATO-Nachrüstung war, 04. Okt. 1983;
 - Erklärung zum Internationalen Friedensmarsch nach Moskau, für gemeinsame Abrüstung und sofortiges Einfrieren von Massenvernichtungswaffen, für ein neutrales und unabhängiges Europa, Okt. 1983;
 - Erklärung zur Sitzblockade vor den militärischen Einrichtungen in Bremerhaven und Nordenham, in der Friedenswoche vom 13. bis 15. Okt. 1983 gegen die atomare und konventionelle Aufrüstung durch die NATO, 08. Okt. 1983;
 - Aufruf des Bundeshauptausschusses zur Beteiligung an den Herbsaktionen der Friedensbewegung vom 15. bis 22. Okt. 1983, gegen die Stationierung von neuen Mittelstreckenraketen und Erstschlagwaffen, 08. Okt. 1983;
 - Forderung nach Freilassung aller politischen Gefangenen in Polen, insbesondere der vier Sprecher des Komitees für die soziale Selbstverteidigung (KOR) und der sieben Sprecher der Solidarnosc, 28. Nov. 1983.-

Umfang: 2,0 cm

302 *lfd. Nr. 14*
Pressemitteilungen 11.1983 - 12.1983
Band 14

Enthält nur:

Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von November bis Dezember 1983,
insbesondere zur Raketenstationierung und zu Menschenrechtsverletzungen,

- Mitteilung über die Niederlegung des Amtes vom Bundesgeschäftsführer Lukas
Beckmann Ende Februar 1984, 15. Nov. 1983;

- Forderung nach Freilassung aller politischen Gefangenen in Polen, insbesondere der
vier Sprecher des Komitees für die soziale Selbstverteidigung (KOR) und der sieben
Sprecher der Solidarnosc, 28. Nov. 1983;

- Beschluss der Bundesdelegiertenversammlung vom 18.- 20. Nov. 1983, gegen die
Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles Raketen, 28. Nov. 1983;

- Forderung nach Freilassung von Bärbel Bohley, Katja Havemann, Ulrike Poppe und
weitere in der DDR inhaftierter Frauen, welche sich gegen die Wehrdienstpflicht für
Frauen und die Militarisierung des Landes engagiert hatten, 14. Dez. 1983.-

Umfang: 1,0 cm

303 *lfd. Nr. 15*
Pressemitteilungen 01.1984 - 03.1984
Band 15

Enthält nur:

Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von Januar bis März 1984, insbesondere zur Europawahl,

- Forderung nach Freilassung von Bärbel Bohley, Ulrike Poppe und weitere in der DDR inhaftierter Frauen, welche sich gegen die Wehrdienstpflicht für Frauen und Stationierung US-amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik eingesetzt haben, ca. Jan. 1984; Einreiseverbote gegen Mitglieder der Partei sowie der Alternativen Liste, u.a. gegen Waltraut Schoppe, Milan Horacek, Roland Vogt und Dirk Schneider;
- Forderung an die Bundesregierung nach Abzug aller chemischen Kampfstoffe aus Europa, ca. Jan. 1984;
- Zusammenfassung der Verhandlungsergebnisse der Partei mit der SPD, u.a. zur Ausländerpolitik und Startbahn-West, 11. Jan. 1984;
- Verurteilung der Entlassung von Günter Kießling aufgrund des Vorwurfs der Homosexualität, 27. Jan. 1984;
- Erklärung zur eintägigen Arbeitsniederlegung von 90 Berliner Hochschullehrern, gegen das Wettrüsten in Ost und West, 2. Feb. 1984;
- Erklärung zur Europawahl 1984 und Schwerpunkte der Arbeit im Europaparlament, 28. Feb. 1984; Forderungen der Partei an die Friedens-, Umwelt-, Agrar- und Wirtschafts- und Sozialpolitik in Europa, 04. März 1984;
- Mitteilung über die Gründung der politischen Vereinigung die Friedensliste der Bundesrepublik Deutschland und Beschluss über die Teilnahme an den Europawahlen am 17. Juni 1984, 15. März 1984;
- Aufruf zur Teilnahme an einer Menschenkette im Landkreis Luechow-Dannenberg den 24. März, zur Unterbrechung der Transportwege zu den Atomanlagen, 22. März 1984;
- Forderung nach Einstellung der Folter, einer Generalamnestie und Achtung der Menschenrechte für politische Gefangene in der Türkei, ca. März 1984.-

Umfang: 1,0 cm

304 *lfd. Nr. 16*
Pressemitteilungen 04.1984 - 07.1984
Band 16

Enthält nur:

Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von April bis Juli 1984, insbesondere zur Umwelt- und Menschenrechtspolitik,

- Mitteilung über die Verabschiedung der Schwerpunkte für die Arbeit im Europaparlament, 09. April 1984;

- Mitteilung über die Teilnahme des Bundesvorstandes und der Fraktionssprecher/innen an der Blockade des Chemie-Betriebs Boehringer in Hamburg und Forderung nach Stilllegung der Dioxingproduktion und Boykott der Boehringer Produkte, 12. April 1984;

- Erklärung zur Aktionswoche gegen das Waldsterben und die Luftverschmutzung, ca. Mai 1984;

- Forderung nach 35-Stunden-Woche für eine gerechte Verteilung der Arbeit, Ausstieg aus der Wachstumsgesellschaft und eine geringere Arbeitsbelastung, ca. Juni 1984;

- Aufruf zur Demonstration gegen den Ramsteiner Flugtag, 22. Juni 1984;

- Mitteilung zur Besetzung des Thomas Dehler-Hauses der FDP durch 30 Mitglieder des Solidaritätskomitees zur Unterstützung von politischen Gefangenen im Haydar-Pascha-Militärhospital in Istanbul, von denen 5 an den Folgen ihres Hungerstreiks gestorben sind, und Forderung an Außenminister Hans-Dietrich Genscher, bei der türkischen Regierung nach den Verbleib von weiteren Gefangenen zu forschen, 29. Juni 1984;

- Mitteilung zum Gedenken an alle Opfer des Nationalsozialismus anlässlich des 40. Jahrestags des Attentats auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944.-

Umfang: 1,0 cm

305 *lfd. Nr. 17*
Pressemitteilungen 07.1984 - 09.1984
Band 17

Enthält nur:

Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von Juli bis September 1984, insbesondere zur Umwelt- und Menschenrechtspolitik,

- Umweltpolitische Forderungen des Bundesvorstandes, insbesondere Verbot der Herstellung dioxinhaltiger und dioxinerzeugender Chemikalien, anlässlich der Konferenz der Grünen im Stuttgarter Landtag wegen der Dioxinfunde aus der Firma Dynamit Nobel AG in der Deponie Rheinfelden-Karsau, 01. Aug. 1984;
- Aufruf zur Kundgebung gegen die Inbetriebnahme des schnellen Brütters "Super-Phenix" am 4./5. Aug. 1984 in Malville bei Frankreich, 03. Aug. 1984;
- Mitteilung zum Besuch von Günter Hopfenmüller, Mitglied des Bundesvorstandes, und Anja Kuhr, Vertreterin der Partei bei der Weltbevölkerungskonferenz in Mexiko, derzeit im guatemaltekischen Flüchtlingslager in Mexiko, und Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen und Übergriffe des mexikanischen Militärs bei der Verlagerung des Flüchtlingslagers, 16. Aug. 1984;
- Solidaritätserklärung zum Proteststreik von 500 Studenten/innen des zweiten Bildungsweges in Bonn gegen die Streichung der Ausbildungsförderung für August 1984 und Übergabe einer Petition an den Staatssekretär Günter Obert, 30. Aug. 1984;
- Aufforderung an Dieter Haack, Justizminister von Nordrhein-Westfalen, eine sofortige Untersuchung der Vorfälle schwerer Misshandlungen einer Gefangenen in den Justizvollzugsanstalten Essen und Bielefeld-Brackwede anzuordnen, 19. Sept. 1984.-

Umfang: 1,0 cm

306 *lfd. Nr. 18*
Pressemitteilungen 10.1984 - 12.1984
Band 18

Enthält nur:

Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von Oktober bis Dezember 1984, insbesondere zur Atomwirtschaft und zur Einlagerung von Atommüll,

- Aufruf zur Teilnahme an der Demonstration im Landkreis Lüchow-Dannenberg gegen die Einlagerung von radioaktiven Müll im Zwischenlager Gorleben, 12. Okt. 1984;

- Mitteilung zum Antrag des deutschen Journalisten Hans-Jörg Schuhmacher auf politisches Asyl in den Niederlanden, da er angeblich an der Erstellung der Zeitschrift "Radikal" mitgewirkt haben soll, und zur Verurteilung der Europaabgeordneten Benedikt Härlin und Michael Klöckner zu 2 Jahren Haft, 18. Okt. 1984;

- Aufruf zur Demonstration am 15. Dez. 1984 in Hanau gegen die Atomfirmen NUKEM und ALKEM, 3. Dez. 1984;

- Beschluss über die Amtsenthebung von Funktionsträgern des Landesverbandes Berlin wegen Zugehörigkeit zur Neo-Nazi-Szene, 30. Dez. 1984.-

Umfang: 1,0 cm

307 *lfd. Nr. 19*
Pressemitteilungen 01.1985 - 04.1985
Band 19

Enthält nur:

Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von Januar bis April 1985, insbesondere zu Menschenrechtsverletzungen und zur Einlagerung von Atommüll,

- Erklärung des Bundesvorstandes zu Aktivitäten von Neonazis in Führungspositionen des Berliner Landesverbands, 07. Jan. 1985;
- Forderung nach Abzug aller Atomwaffen aufgrund der immer häufiger auftretenden Unfälle mit Pershing-Raketen, zuletzt auf dem US-Truppenübungsplatz in Waldheide bei Heilbronn, 11. Jan. 1985;
- Stellungnahme der Bundesarbeitsgemeinschaft Grüne und Gewerkschafter/innen zu den Tarifabschlüssen und zur Arbeitszeitverkürzung im Öffentlichen Dienst, 15. Nov. 1984;
- Mitteilung über das Asyl des 23-jährigen Kriegsdienstverweigerer Stefan Klaus Philipp in der Bundesgeschäftsstelle, 17. Jan. 1985;
- Verurteilung der Rentenpläne der FDP und Forderung nach einem Mindesteinkommen und einer Mindestrente, 18. April 1985;
- Mitteilung zum Hungerstreik und zu den Haftbedingungen von Gefangenen der Roten Armee Fraktion, 17. Jan. 1985;
- Begrüßung des Urteils des Lüneburger Verwaltungsgerichtes, die Einlagerung radioaktiver Stoffe im Zwischenlager Gorleben zu stoppen, 25. Feb. 1985;
- Beschluss des Bundeshauptausschusses zur Unterstützung des Gegengipfels der Ökologie-, Friedens- und Dritte-Welt-Solidaritätsbewegung anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels Anfang Mai in Bonn, 03. März 1985;
- Mitteilung zur Behinderung des Ostermarsches am 6. April 1985 durch die Stadt Saarbrücken, 28. März 1985;
- Erklärung zur Ankündigung des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow, bis Nov. 1985 keine weiteren Mittelstreckenraketen zu stationieren, 09. April 1985;
- Aufforderung der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner/innen, durch die Aktion "Koffer packen" den zivilen Ersatzdienst abzubrechen, mit Einleitung eines Ermittlungsverfahrens der Koblenzer Staatsanwaltschaft gegen die Zeitschrift "Hunsrück-Forum", 12. April 1985;
- politische und finanzielle Unterstützung der Belegschaft der Firma Hauser für den Erhalt der Arbeitsplätze, 15. April 1985.-

Umfang: 2,0 cm

308 *lfd. Nr. 20*
Pressemitteilungen 05.1985 - 08.1985
Band 20

Enthält nur:

Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von Mai bis August 1985, insbesondere zur Frauenbewegung und Bundesversammlung in Hagen; Pressemitteilungen von September bis Dezember 1985 fehlen;

- Aufruf zur Aktion Muttertag für das Recht auf Selbstbestimmung von Frauen, insbesondere das Recht auf Wahl einer sinnvollen Ausbildung und Erwerbsarbeit, eigenständige und ausreichende soziale Sicherung bis ins Alter und erwünschte Schwangerschaft und selbstbestimmtes Leben in der Umwelt, 14. Mai 1985;
- Zusammenstellung der wichtigsten Beschlüsse der Bundesversammlung in Hagen vom 22. und 23. Juni 1985 und Übersicht über die Aufgaben und Zusammensetzung der Kommissionen, die von der Bundesversammlung eingesetzt wurden, u.a. zum Tierschutz, Wiederaufbereitung und zum Volksbegehren und Volksentscheid, 1. Juli 1985;
- Aufruf zur Blockade der US-Militärbasis in Mutlangen am 6. Aug. 1985, anlässlich des 40. Jahrestages des Abwurfs der ersten Atombombe in Hiroshima, 05. Aug. 1985.-

Umfang: 1,0 cm

309 *lfd. Nr. 21*
Pressemitteilungen 01.1986 - 04.1986
Band 21

Enthält nur:

Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von Januar bis April 1986, insbesondere zur Stilllegung von Atomkraftwerken und zu Atomtests,

- Verurteilung der von den Koalitionsparteien beschlossenen Sicherheitsgesetze, u.a. Einführung der flächendeckenden Video-Überwachung und der elektronischen Ausweiskontrolle, 12. Jan. 1986;

- Mitteilung zur Besetzung der Gesamtschule Bonn-Beuel durch arbeitslose Lehrer/innen, den Bundestagsabgeordneten Hendrik Auhagen und den Sprecher des Bundesvorstandes Lukas Beckmann, gegen die Arbeitslosigkeit von Lehrern/innen, 27. Feb. 1986;

- Aufruf zum Ostermarsch nach Wackersdorf, insbesondere gegen den Bau der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf und die Stationierung von Cruise Missiles, 23. März 1986;

- Mitteilung über die Demonstration des Bundesvorstandes vor der US-Botschaft, gegen einen Atombombenversuch der Amerikaner, 7. April 1986;

- Mitteilung über den Unfall im Atomkraftwerk Tschernobyl und Forderung von Eva Quistorp nach sofortiger Stilllegung aller Atomkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland, 29. April 1986;

Presseerklärung der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsgegner (DFG-VK) über die Besetzung des Bundestagsbüros des parlamentarischen Staatssekretärs Peter-Kurt Würzbach, gegen die Einberufung, Verfolgung, Isolationhaft und Mehrfachverurteilung von Kriegsdienstverweigerern, 28. Jan. 1986.-

Umfang: 1,0 cm

310 *lfd. Nr. 22*
Pressemitteilungen 05.1986 - 09.1986
Band 22

Enthält nur:

Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von Mai bis September 1986, insbesondere zu den Rechten von Frauen,
- Aufruf zur Demonstration in Hadamar am 10. Mai 1986, gegen die Forderung nach einem generellen Abtreibungsverbot durch die "Bewegung für das Leben", welche die Abtreibung mit den Massenmorden im Fachismus gleichsetzt, 2. Mai 1986;
- Mitteilung über den Beginn der Unterschriftensammlung zur Einleitung eines Volksbegehrens für die Abschaltung aller Atomanlagen, 8. Mai 1986;
- Aufruf zum Kongress "Ende der Bescheidenheit" am 28. Juni 1986 in Frankfurt, zur Diskussion des Antidiskriminierungsgesetzes, 27. Juni 1986; mit Begrüßungsrede von Regina Michalik, Bundesvorstand;
- Zusammenfassung des am 26.-28. Sept. 1986 verabschiedeten Frauenstatuts auf der Bundesversammlung in Nürnberg, ca. Sept. 1986;
- Aufruf des Bundesvorstandes über die Demonstration am 4. Okt. 1986, gegen die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf, 29. Sept. 1986.-

Umfang: 1,0 cm

311 *lfd. Nr. 23*
Pressemitteilungen 10.1986 - 12.1986
Band 23

Enthält nur:

Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von Oktober bis Dezember 1986, insbesondere zur Militarisierung und zu Atomkraftwerken,
- Aufruf zur Verfassungsklage gegen das Abtreibungsverbot durch Alice Schwarzer und Stellungnahme der Grünen gegen eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht, 05. Okt. 1986;
- Unterstützung isländischer Friedensgruppen gegen die Militarisierung Islands und Forderung nach einem ABC-Waffen-freien und entmilitarisierten Europa und Nordatlantik, 09. Okt. 1986;
- Protest der Initiative "besorgter Eltern und Betroffenen" gegen die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Cattenom in Frankreich und Ankündigung weiterer Proteste, 23. Okt. 1986;
- Forderung nach Freilassung politischer Gefangener in der Sowjetunion und nach Auflösung eines Gefangenenlagers aufgrund des Todes von 4 Inhaftierten, 11. Nov. 1986;
- Aufruf zum Boykott aller Produkte der Firmen Sandoz und Ciba Geigy aufgrund der Einleitung von Chemikalien in den Rhein, 20. Nov. 1986.-

Umfang: 1,0 cm

312 *lfd. Nr. 24*
Pressemitteilungen 01.1987 - 04.1987
Band 24

Enthält nur:

Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von Januar bis April 1987, insbesondere zur Bundestagswahl und den Rechten von Frauen,

- Mitteilung über gemeinsame Aktionen von Frauengruppen, u.a. der Organisationen pro familia und Humanistische Union, für eine Streichung des § 218 und ein ausreichendes Angebot für einen Schwangerschaftsabbruch, 11. Jan. 1987;
- Erklärung zur Ausweisung von Dorothee Piermont, Abgeordnete im Europaparlament, aus Französisch-Polynesien und Neu-Kaledonien, wegen Teilnahme an der Greenpeace-Aktion im französischen Atomwaffentestgebiet, ca. Jan. 1987;
- Mitteilung über den Streik von Bergarbeitern in Lothringen, für den Erhalt von Arbeitsplätzen aufgrund der Abhängigkeit der französischen Regierung von der Atomenergie, 29. Jan. 1987;
- Aufruf des Bundeshauptausschusses zum Boykott der Volkszählung, 15. Feb. 1987;
- Protest gegen die Strafversetzung des Report-Redakteurs Wolfgang Moser durch den Südwestfunk wegen eines Beitrags zu Gandhis zivilem Ungehorsam, 24. Feb. 1987;
- Aufnahme der Partei in die Koordination "Die Grünen in Europa" und Aufruf des Anti-Atom-Widerstandes zur internationalen Protestdemonstration vor der Zentrale der französischen Electricité de France, 9. März 1987;
- Erklärung zum Warnstreik und Überstundenboykott der Industriegewerkschaft Metall für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche, 17. März 1987;
- Erklärung der Bundesarbeitsgemeinschaft Frauen über Aktionen verschiedener autonomer Frauengruppen gegen die frauenverachtende Politik der Kirche, 06. April 1987;
- Aufruf zur Demonstration gegen das französische Atomkraftwerk Cattenom und Forderung nach einem Verbot von Atomstromimporten aus Frankreich, 21. April 1987;
- Auszug aus dem Beschluss im Ermittlungsverfahren gegen Roland Appel wegen des Volkszählungsboykotts, 25. April 1987-.

Umfang: 1,0 cm

313 *lfd. Nr. 25*
Pressemitteilungen 05.1987 - 08.1987
Band 25

Enthält nur:

Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von Januar bis April 1987, insbesondere zum Ausstieg aus der Atomenergie,

- Verabschiedung einer Strukturreform im Gesundheitswesen auf der Bundesversammlung vom 1.-3. Mai 1987 in Duisburg, ca. Mai 1987;
- Aufruf zur Demonstration am 23. Mai 1987 in Frankfurt, gegen den § 218 und das von Rita Süßmuth neu eingeführte Beratungsgesetz, ca. Mai 1987;
- Forderung nach Erhalt der Kohlegrube Camphausen und Unterstützung des Kohlebergbaus sowie politische Maßnahmen für einen Boykott südafrikanischer Steinkohle gegen das Apartheid-System in Südafrika, 14. Mai 1987;
- Mitteilung über den Freispruch des Bundesvorstandsmitgliedes Jürgen Maier, der vor der Stuttgarter US-Kommandozentrale EUCOM für den Abzug der Pershing II und Cruise Missiles Raketen demonstriert hatte, 26. Mai 1987;
- Aufruf zur Internationalen Demonstration am 20. Juni 1987 in Paris für einen Ausstieg aus der Atomenergie, 11. Juni 1987;
- Mitteilung zur Weigerung von Innenminister Friedrich Zimmermann, 14 chilenische politische Gefangene in die BRD einreisen zu lassen, welchen die Todesstrafe droht, 16. Juni 1987;
- Forderung nach Einführung einer Quotenregelung für Frauen, 14. Juli 1987;
- Mitteilung über den Massenhungerstreik politischer Gefangener, seit dem 16. Juli 1987 im Teheraner Evin-Gefängnis, gegen die Hinrichtungen, politischen Morde und Folterungen sowie Forderung der Grünen nach Freilassung der politischen Gefangenen im Iran, Stopp der Waffenlieferungen an Iran und Irak und Beendigung des Golfkrieges, 29. Aug. 1987.-

Umfang: 1,0 cm

314 *lfd. Nr. 26*
Pressemitteilungen 08.1987 - 09.1987
Band 26

Enthält nur:

Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von August bis September 1987, insbesondere zum Ausstieg aus der Atomenergie,

- Beitrag zur Bilanz und den Perspektiven von Frauen bei den Grünen von Regina Michalik, ca. Aug. 1987;

- Erklärung zur Verurteilung des Bremer Richters Mathias Weinert wegen der Teilnahme an der Mutlanger Richterblockade, 7. Aug. 1987;

- Forderung von Julius Hackenthal und der "Bild" nach Legalisierung der aktiven Sterbehilfe und Verurteilung der Sterbehilfe durch die Partei als Aufruf zum Mord, 11. Aug. 1987;

- Mitteilung über den Tod des nationalsozialistischen Politikers Rudolf Hess, 17. Aug. 1987.-

Umfang: 1,0 cm

315 *lfd. Nr. 27*
Pressemitteilungen 10.1987 - 12.1987
Band 27

Enthält nur:

Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von Oktober bis Dezember 1987, insbesondere zu den Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion,

- Mitteilung über die Diskussion des Bundeshauptausschusses über eine Amnestie-Forderung für RAF-Häftlinge, 12. Okt. 1987;
- Mitteilung über den angeblichen Aufruf zum Volkszählungsboykott durch Jutta Ditzfurth und den Gerichtstermin am 16. Okt. 1987 in Stuttgart wegen Aufforderung zu einer Straftat, 14. Okt. 1987;
- Kritik an der "Bild" und an Julius Hackenthal wegen deren Kampagne zur Legalisierung der aktiven Sterbehilfe, 11. Aug. 1987;
- Mitteilung über den Tod des NS-Politikers Rudolf Hess, 17. Aug. 1987;
- Verurteilung der Verschärfung des Demonstrationsrechts und Bildung eines Aktionsbündnisses zur Verteidigung der Demonstrationsfreiheit und des Rechtes auf Widerstand, ca. Nov. 1987;
- Gesetzesvorschlag der Fraktion für die Herabsetzung der Mindeststrafe für Vergewaltiger auf 1 Jahr und Forderung der Bundesarbeitsgemeinschaft Frauen und des Bundeshauptausschusses nach Rücknahme der Gesetzesinitiative, 16. Nov. 1987;
- Mitteilung zum Nürnberger Landgerichts-Urteil gegen einen HIV-Test-Positiven US-Amerikaner, der beim Geschlechtsverkehr nicht auf die Benutzung von Kondomen bestanden hatte und zu zwei Jahren Haft verurteilt wurde, 17. Nov. 1987;
- Forderung nach Freilassung der türkischen Oppositionspolitiker Nehat Sargin und Haydar Kutlu, welche am 16. Nov. 1987 auf dem Flughafen von Ankara verhaftet wurden, 23. Nov. 1987;
- Erfolgsmeldung über die Unterzeichnung des Mittelstreckenraketen-Abkommens ("Null-Lösung") zwischen der USA und der Sowjetunion, 07. Dez. 1987.-

Umfang: 1,0 cm

316 *lfd. Nr. 28*
Pressemitteilungen 01.1988 - 05.1988
Band 28

Enthält nur:

Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von Januar bis Mai 1988, insbesondere zu Menschenrechtsverletzungen und den Rechten von Frauen,

- Aufruf zu Protestaktionen gegen den Atommüll-Transport und die illegale Atommüll-Entsorgung ("Transnuklear-Skandal"), 11. Jan. 1988;
- Forderung nach Freilassung von Ursula Pensellin und Ingrid Strobl, die wegen Unterstützung terroristischer Vereinigung verhaftet waren, 24. Jan. 1988;
- Protest gegen die Festnahme und Ausweisung von prominenten DDR-Oppositionellen, die im Vorfeld der Rosa-Luxemburg-Demonstration verhaftet worden waren, 24. Jan. 1988;
- Protest gegen die Unterdrückungsmaßnahmen des israelischen Militärs in den von Israel besetzten Gebieten und Forderung nach einer friedlichen Lösung im israelischen-palästinensischen Konflikt und nach Anerkennung der Rechte des palästinensischen Volkes, 24. Jan. 1988;
- Forderung nach Freilassung der inhaftierten Friedens- Umwelt- und Menschenrechtler/innen in der DDR, 03. Feb. 1988;
- Demonstration von Schwulenorganisationen gegen die Festnahme von Linwood B., welcher die Infizierung von Sexualpartnern mit dem HIV-Virus billigend in Kauf genommen haben soll, 05. Feb. 1988;
- Erklärung des Bundesvorstandes zum Gesetzentwurf der Grünen Bundestagsfraktion zur § 177 StGB, der das Mindeststrafmaß für Vergewaltigung auf 1 Jahr herabsetzt, 24. Feb. 1988;
- Presseerklärung zum Prozess gegen Jutta Ditfurth vor dem Amtsgericht München, wegen Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole, 03. März 1988;
- Erklärung zu den Ausweiskontrollen vor Kirchen in der DDR, um Ausreisewillige am Gottesdienstbesuch zu hindern, 07. März 1988;
- Aufforderung zur Stellungnahme von Franz-Josef Strauß und Spitzenvertretern deutscher Unternehmen zu den Todesurteilen gegen sechs Südafrikaner/innen von Sharpville, 16. März 1988;
- Mitschrift zur 1. Pressekonferenz des neuen Bundesvorstandes vom 29. März 1988, 12. April 1988;
- Mitteilung über den Beginn des Gerichtsprozesses gegen den Zukunftsforscher Robert Jungk am 15. April 1988, wegen Landfriedensbruch, 12. April 1988;
- Protest des Bundesvorstandes gegen die britische Gesetzesklausel 28, welche die Behandlung von Homosexualität im Unterricht verbietet, die Anerkennung einer familienähnlichen Beziehung unter Gleichgeschlechtlichen verweigert und die finanzielle Unterstützung von Homosexuellen-Initiativen verbietet, 13. April 1988;
- Protest gegen die Lieferung von Giftgasrohstoffen durch deutsche Firmen an den Irak, 19. April 1988;
- Mitteilung über den Abzug sowjetischer Truppen aus Afghanistan und Forderung nach einem Stopp der Waffenlieferungen an islamische Fundamentalisten-Gruppen durch die USA sowie Aufforderung an die Bundesregierung, afghanischen Flüchtlingen Asyl zu gewähren, 09. Mai 1988;
- Forderung nach einem Verbot der Zwangssterilisation an geistig Behinderten, 10. Mai 1988.-

Umfang: 2,0 cm

317 *lfd. Nr. 29*
Pressemitteilungen 06.1988 - 12.1988
Band 29

Enthält nur:

Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von Juni bis Dezember 1988, insbesondere zu Menschenrechtsverletzungen und Rechten von Frauen,

- Aufruf zur Demonstration von Pro Familia NRW vor dem Bundeshaus in Bonn gegen das Beratungsgesetz für Frauen und Unterstützung der Forderung nach Streichung der §§ 218 und 219, 8. Juni 1988;
- Festlegung der inhaltlichen Schwerpunkte für den Europa-Wahlkampf 1989, durch den Bundeshauptausschuss, 06. Juli 1988;
- Mitteilung zum Abschuss eines iranischen Airbus durch die US-Marine und gegen die Verharmlosung durch US-Präsident Ronald Reagan, 05. Juli 1988;
- Erklärung des Bundesvorstandes zu den Vorwürfen des Spiegels über angebliche Finanzmanipulationen in der Buchhaltung, 11. Juli 1988;
- Resolution gegen die gentechnologische Insulinherstellung der Firma Thome in Biberach, 11. Juli 1988;
- Mitteilung zum Streik von 180 Beschäftigten der Cornelius-Helferlich-Stiftung für geistig Behinderte in Bad Honnef, für ordentliche Tarifverträge, 09. Aug. 1988;
- Aufruf zum Fleischboykott wegen giftiger Zusätze in Fleischprodukten, 17. Aug. 1988;
- Erklärung über den Beschluss zur Einführung einer Frauenquote in der SPD, 01. Sept. 1988;
- Mitteilung zum Prozess vor dem Amtsgericht Memmingen, gegen den Gynäkologen Horst Theissen, welcher Frauen mit ungewollter Schwangerschaft zum Abbruch verholfen hat, 06. Sept. 1988;
- Erklärung zur Anklage gegen Jutta Ditfurth vor dem Amtsgericht Landau/Pfalz, wegen Sachbeschädigung des Volkszählungsbogens, 12. Sept. 1988;
- Mitteilung zum Protest- und Aktionstag am 12. Sept. 1988 gegen die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Neckarwestheim II in Baden-Württemberg, 12. Sept. 1988;
- Aufforderung nach Rückzug Israels aus dem Libanon und Beendigung der Bombardierung der Bevölkerung, 21. Okt. 1988;
- Mitteilung zum Urteil des Bundesverfassungsgerichtes über eine Haftstrafe für den HIV-positiven Lynwood B. und Verurteilung der Diskriminierung und des Ausschlusses von HIV-Positiven aus der Gesellschaft, 07. Nov. 1988;
- Mitteilung zum Hungerstreik von türkischen und kurdischen Häftlingen gegen die Haftbedingungen in türkischen Gefängnissen, 23. Nov. 1988.-

Umfang: 1,0 cm

318 *lfd. Nr. 30*
Pressemitteilungen 01.1989 - 04.1989
Band 30

Enthält nur:

- Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von Januar bis April 1989, insbesondere zu Menschenrechtsverletzungen und zur Zulassung von rechtsradikalen Parteien,
- Erklärung zur Anzeige gegen den Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling wegen Verteilung von rechtsradikalen Propagandamaterial an die Haushalte, 14. Jan. 1989;
 - Mitteilung gegen die Zulassung von neofaschistischen Parteien und Wahllisten zur Europawahl, insbesondere der von der NPD und DVU unterstützten Liste D, 15. Jan. 1989;
 - Erklärung des Bundeshauptausschusses zur Teilnahme an bundesweiter Solidariätsdemonstration für Ingrid Strobl, welche angeblich Mitglied bei den revolutionären Zellen und am Anschlag auf die Lufthansverwaltung in Köln beteiligt gewesen sein soll, Essen 07. Feb. 1989;
 - Resolution zum Hungerstreik politischer Gefangener gegen Isolationshaft und Kontaktsperre der Häftlinge untereinander, Feb./März 1989;
 - Resolution gegen die gentechnologische Insulinherstellung durch die Firma Thome in Biberach, 11. Juli 1988;
 - Forderung nach Streichung des § 218 und Demonstration gegen die in Memmingen stattfindenden Abtreibungsprozesse, 22. Feb. 1989;
 - Solidaritätsbekundung für die in Prag zu mehrmonatiger Haft verurteilten Schriftsteller Vaclav Havel, Ota Veverka, Jana Petrova, David Nemeč, Stanislav Penc, Petr Placák und Alexander Vondra, wegen angeblichen "Rowdytums", ca. März 1989;
 - Erklärung zur Unterstützung des Aufrufs der Industriegewerkschaft-Metall zur massenhaften Kriegsdienstverweigerung, 27. März 1989;
 - Mitteilung zum Hungerstreik von RAF-Häftlingen für eine Abschaffung von verschärften Haftbedingungen und Zusammenlegung in größeren Gruppen, 13. April 1989;
 - Aufruf zur Demonstration gegen den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf, obwohl die Wiederaufarbeitung bereits nach La Hague verlegt wurde, 24. April 1989.-

Umfang: 1,0 cm

319 *lfd. Nr. 31*
Pressemitteilungen 05.1989 - 06.1989
Band 31

Enthält nur:

Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von Mai bis Juni 1989, insbesondere zu Menschenrechtsverletzungen,

- Mitteilung zum Hungerstreik von Studenten/innen in Peking für Demokratie und Menschenrechte, 22. Mai 1989;
- Beschluss der Bundesdelegiertenkonferenz in Münster 20./21. Mai 1989 "Mut zur multikulturellen Gesellschaft - gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit";
- Mitteilung zum Streik der Zivildienstleistenden gegen die Arbeitsplatzvernichtung durch Einsatz von "Zivis" und Forderung nach Entmilitarisierung des Zivildienstes, Abschaffung aller Zwangsdienste und Freilassung aller Totalverweigerer, 31. Mai 1989;
- Verurteilung des Hafturteils gegen die Journalistin Ingrid Strobl, welche sich für die Rechte der Frauen eingesetzt hat, 12. Juni 1989;
- Verurteilung der Auslieferung chinesischer Aktivisten/innen der Demokratiebewegung an das Deng-Regime und Forderung der Verlängerung der Visa in der Bundesrepublik, 23. Juni 1989;
- Forderung nach Freilassung politischer Gefangener der Partei für Menschenrechte in Kuba, welche das Recht auf freie Meinungsäußerung in Anspruch genommen haben, 22. Juni 1989.-

Umfang: 1,0 cm

320 *lfd. Nr. 32*
Pressemitteilungen 06.1989 - 09.1989
Band 32

Enthält nur:

Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von Juli bis September 1989, insbesondere zu Menschenrechtsverletzungen,

- Vita von August Haußleiter, Gründungsvorstandsmitglied der Bundespartei und Herausgeber der Wochenzeitung "Die Grünen", anlässlich seines Todes, 10. Juli 1989;
- Erklärung zum Anti-Atom-Seminar mit der KPdSU in Moskau vom 17. bis 22. Sept. 1989, u.a. über alternative Energien und Hochtemperatur-Reaktoren, 27. Juli 1989;
- Mitteilung zum Solidaritätsfasten von Künstlern und Gewerkschaftern aus der Türkei in der Bundesgeschäftsstelle in Bonn, gegen Folterungen und unmenschliche Haftbedingungen, 18. Aug. 1989;
- Einladung des Bundesvorstandes zum Wittgensteiner Gespräch, anlässlich der DDR-Ausreisewelle und zu Reaktionen der bundesdeutschen Öffentlichkeit, 24. Aug. 1989;
- Ehrung der Deserteure und Kriegsdienstverweigerer im Zweiten Weltkrieg, anlässlich des 50. Jahrestages des Kriegsbeginns, mit Aufforderung zur Kriegsdienstverweigerung, 31. Aug. 1989;
- Forderung nach Freilassung der Inhaftierten in Leipzig, welche zuvor für eine Perestroika in der DDR demonstriert hatten, 15. Sept. 1989.-

Umfang: 1,0 cm

321 *lfd. Nr. 33*
Pressemitteilungen 10.1989 - 12.1989
Band 33

Enthält nur:

Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von Oktober bis Dezember 1989, insbesondere zu Menschenrechtsverletzungen,

- Forderung nach Freilassung der Demonstranten/innen und Respektierung des Grundrechts auf Demonstrations- und Meinungsfreiheit durch die Staatsorgane der DDR, 09. Okt. 1989;
- Verurteilung der Kritik rechter Abtreibungsgegner gegen die französische Abtreibungspille RU 486, als selbstgerecht und frauenfeindlich, 19. Okt. 1989;
- Erklärung zur Hinrichtung politischer Gefangener durch das iranische Mullah-Regime, Forderung nach Ausweisung iranischer Botschafter und Verhängung von Wirtschaftssanktionen und Rüstungsembargo gegen den Iran, ca. Nov. 1989;
- Erklärung zum Bürgerkrieg in El Salvador, insbesondere zu den Morden an der Zivilbevölkerung, ca. Nov. 1989;
- Vorschlag für eine Kampagne zur Entmilitarisierung beider deutscher Staaten, 18. Dez. 1989;
- Mitteilung zu den Plänen von PreussenElektra und Bayernwerk, vier Atomkraftwerke in DDR liefern zu lassen, um die Energieversorgung durch Atomkraftwerke zu erweitern, 20. Dez. 1989;
- Liste der Pressemitteilungen des Bundesverbandes von 1989.-

Umfang: 1,0 cm

322 *lfd. Nr. 34*
Pressemitteilungen 01.1990 - 03.1990
Band 34

Enthält nur:

Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von Januar bis März 1990, insbesondere zu Menschenrechtsverletzungen,

- Zeitungsartikel, u.a. aus der Süddeutschen Zeitung über den Vorwurf der Grünen gegen das Bundesinnenministerium über die Fälschung des Gutachtens zur Förderungswürdigkeit der Stiftung "Regenbogen", 25. Jan. 1989;

- Forderung nach einem saarländischen Frauenministerium und nach Strukturveränderung und Kompetenzverlagerung im Kabinett, als Teil des Grünen Programms zur Landtagswahl und Schwerpunkt bei Verhandlungen über ein rot-grünes Bündnis, 5. Jan. 1990;

- Forderung nach Chancengleichheit für alle Parteien in der DDR, anlässlich der ersten freien Kommunalwahlen am 6. Mai 1990, 9. Jan. 1990;

- Protest der Grünen gegen die Pläne von Klaus Töpfer, weitere Müllverbrennungsanlagen im Jahr 2000 bauen zu lassen, 11. Jan. 1990;

- Aufruf nach Zerschlagung der Roten Khmer in Kambodscha und Forderung, u.a. nach Beendigung der chinesischen und amerikanischen Waffenlieferungen an die Rote Khmer, 11. Jan. 1990;

- Pressemitteilung zum Berufungsverfahren gegen Norbert Mann vor dem Landgericht Trier am 11. Jan. 1990, welchem die Beteiligung an einer Gewalttat auf der Demonstration der Friedensbewegung am 2. Sept. 1983 in Bitburg vorgeworfen wird, 11. Jan. 1990;

- Forderung nach einem Lastenausgleich zwischen der BRD und DDR, 6. Feb. 1990;

- Erklärung zur Überstellung des Totalverweigerers Gerhard Scherer von Berlin an die westdeutsche Justiz, 7. März 1990;

- Pressemitteilung zur Verschlechterung des Zustandes der Nordsee auf der 3. Internationalen Nordsee-Konferenz in Den Haag, 7. März 1990;

- Erklärung zur Konferenz über die Entmilitarisierung beider deutscher Staaten am 14. März 1990 in Magdeburg, auf Einladung der Grünen und Grünen Partei der DDR, mit VertreterInnen der Friedensbewegung aus beiden deutschen Staaten, 15. März 1990.-

Umfang: 1,0 cm

323 *lfd. Nr. 35*
Pressemitteilungen 04.1990 - 06.1990
Band 35

Enthält nur:

Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von April bis Juni 1990, insbesondere zur Neuregelung des Aufenthaltsrechtes im Ausländergesetz,

- Aufruf zur Demonstration am 6. April 1990 gegen das vom Deutschen Bundestag am 15. März 1990 verabschiedete Müllnotstandsgesetz, 05. April 1990;
- Aufruf der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg zu einem Waldspaziergang um das Gorlebener Zwischenlager, insbesondere Forderung nach Rücknahme der Einlagerungsgenehmigung, 18. April 1990;
- Entmilitarisierungs-Konferenz, mit Abschlusserklärung der Grünen (BRD) und der Grünen Partei (DDR), Magdeburg, 14. März 1990;
- Solidariätsbekundung mit der Industriegewerkschaft Medien, die für eine 35-Stunden-Woche in der Druckindustrie demonstriert, 04. Mai 1990;
- Presseerklärung zur Festnahme zweier Iraner in der iranischen Botschaft in der BRD, die seit Tagen den Pressesprecher der Volksmodjahedin Kamal Rezai verfolgten, 30. Mai 1990;
- Presseerklärung zum Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Einrichtung des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), Jan. 1991;
- Erklärung zur Verabschiedung der neue Ausländergesetze am 27. Mai 1990 im Bundesrat, zur Neuregelung der Aufenthaltserlaubnis, 18. Juni 1990;
- Erklärung zur Festnahme von Ahmed Filmer, Mitglied der Grünen in der Partei und Forderung nach vollständiger Meinungsfreiheit für die Türkei, 25. Juni 1990.-

Umfang: 1,0 cm

324 *lfd. Nr. 36*
Pressemitteilungen 06.1990 - 09.1990
Band 36

Enthält nur:

Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von Juni bis September 1990, insbesondere zu Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Asylpolitik,

- Mitteilung zum Hungerstreik von politischen Gefangenen in Spanien, Forderung der Grünen nach Gesprächen mit den Inhaftierten, die eine Zusammenlegung in großen kommunikationsfähigen Gruppen fordern, 29. Juni 1990;

- Erklärung zum Publikationsverbot der Zeitschrift "Ikibine Dogru", welche regelmäßig über Einsätze des türkischen Militärs in Kurdistan berichtete, 03. Juli 1990;

- Mitteilung über den Beschluss des Anti-Rassismus-Gesetzes der französischen Nationalversammlung und Forderung nach einem Anti-Rassismus-Gesetz auch in der BRD und DDR, 04. Juli 1990;

- Appell zur Kriegsdienstverweigerung und Protest gegen den Beschluss der Bundesregierung, die Dauer des Wehrdienstes auf 12 Monate und den des Zivildienstes auf 16 Monate festzulegen, 13. Juli 1990;

- Aufruf des deutsch-deutschen Frauenbündnisses zur Demonstration am 26. Aug. 1990 im Haus der Demokratie in Berlin/DDR, für Streichung des § 218 StGB, 19. Juli 1990;

- Mitteilung zum Protestbrief an den Bürgermeister der Stadt Rüsselsheim gegen die Ausweisung des 17-jährigen Baki Deniz aus der BRD, weil sein Vater keine Wohnung finden konnte, 30. Juli 1990;

- Forderung nach Haftverschonung für den 36-jährigen politischen Gefangenen Sedat Karaagac in der Türkei, welchem die ärztliche Behandlung verweigert wird, 14. Aug. 1990.-

Umfang: 1,0 cm

325 *lfd. Nr. 37*
Pressemitteilungen 10.1990 - 12.1990
Band 37

Enthält nur:

Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von Oktober bis Dezember 1990, insbesondere zur Asylpolitik und zu Menschenrechtsverletzungen in der Türkei,
- Aufruf zur Kriegsdienstverweigerung von Wehrpflichtigen der Bundeswehr und der Nationalen Volksarmee sowie Forderung nach Auflösung der NATO und Abrüstung im Westen, ca. Okt. 1990;
- Forderung nach Abschiebungsstopp von Kurden/innen in die Türkei, aufgrund der Misshandlung der Familie Öztürk durch türkische Polizisten, 11. Okt. 1990;
- Appell der Europäischen Grünen an die finnischen Parlamentarier, den letzten Urwald Europas in Nord-Finnland für künftige Generationen zu retten, welcher von schweren Luftverschmutzungen der Kola-Halbinsel bedroht wird, 27./28. Okt. 1990;
- Forderung nach einem umfassenden Wahlrecht für Ausländer/innen, für ein Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit, 31. Okt. 1990;
- Solidaritätsbekundung zur Aktion des Menschenrechtsvereins in Istanbul gegen die Vorgehensweise der türkischen Regierung gegenüber einer Kampagne für die Abschaffung der Todesstrafe, 07. Nov. 1990;
- Mitteilung über die Hausdurchsuchung der Bundesgeschäftsstelle durch die Polizei wegen der Aufforderung der Bundesdelegiertenkonferenz von Bayreuth, im Falle eines Militäreinsatzes im Golfkrieg den Kriegsdienst zu verweigern, 12. Nov. 1990;
- Mitteilung über die Ausweisung von Roma nach Jugoslawien durch die NRW-Landesregierung, welche immer mehr politisch und rassistisch verfolgt würden, 15. Nov. 1990.-

Umfang: 2,0 cm

326 *lfd. Nr. 38*
Pressemitteilungen 01.1991 - 03.1991
Band 38

Enthält nur:

- Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von Januar bis März 1991, insbesondere zur Ausländerpolitik und zur Golf-Krise von 1990/1991,
- Erklärung zur Verschärfung der Golf-Krise durch Entsendung von 18 Flugzeugen vom Typ Alpha Jet in die Türkei und Aufruf zur Kriegsdienstverweigerung an alle Angehörigen der Bundeswehr, 03. Jan. 1991;
 - Kritik am restriktiven Charakter der am 1. Jan. 1991 in Kraft getretenen Neufassung des Ausländergesetzes, 04. Jan. 1991;
 - Erklärung zur Anklageerhebung der Bonner Staatsanwaltschaft gegen den Bundesgeschäftsführer Eberhard Walde, wegen Aufruf zur Fahnenflucht, 10. Jan. 1991;
 - Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand im Golf-Krieg und nach humanitärer Hilfe für Israelis und Kurden, 28. Jan. 1991;
 - Verurteilung der Rüge gegen Klaus Bednarz durch die Intendanz und den Rundfunkrat des WDR, wegen angeblicher politischer Verfehlungen, die er in der Sondersendung "Monitor Spezial" am 15. Jan. 1991 begangen haben soll, 30. Jan. 1991;
 - Forderung nach einem Ausbau des Beratungsangebots für Frauen bei ungewollten Schwangerschaften sowie ein freiwilliges Angebot für Männer, u.a. in der Säuglingspflege und Kinderbetreuung, 18. Feb. 1991;
 - Verurteilung der Abschiebung von kurdischen Flüchtlingen in die vom Krieg zerstörten Gebiete der Türkei und Forderung an die Bundesländer, die Abschiebung auf weiteres zu unterlassen, 01. März 1991;
 - Erklärung zur Blockade der Brenner-Autobahn durch das Komitee Vomp zum Schutz Tirols vor Umwelt- und Gesundheitsschäden, insbesondere für Kinder;
 - Erklärung zur Ermittlung der Staatsanwaltschaft Bonn gegen die Grünen Europaabgeordneten Claudia Roth, Birgit Cramon-Daiber und Wilfried Tellkämper, wegen Störung der Tätigkeit eines Gesetzgebungsorgans, 18. März 1991.-

Umfang: 2,0 cm

327 *lfd. Nr. 39*
Pressemitteilungen 04.1991 - 06.1991
Band 39

Enthält nur:

Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von April bis Juni 1991, insbesondere zur
Ausländerpolitik und zur Golf-Krise von 1990/91,

- Forderung an die Bundesregierung, alle Familienangehörigen der in der
Bundesrepublik lebenden Kurden und Kurdinnen vom Irak in die Bundesrepublik
einreisen zu lassen und die von Napalbomben verletzten Kurden, Kurdinnen und
schwerkranken Kinder in den Krankenhäusern der Bundesrepublik behandeln zu
lassen, 12. April 1991;

- Mitteilung zum Prozessbeginn vor dem Amtsgericht Bonn gegen Renate Damus,
Sprecherin im Bundesvorstand, und Eberhard Walde, Bundesgeschäftsführer der
Grünen, wegen Aufruf zur Fahnenflucht, 19. April 1991;

- Forderung nach Freiheit für den Soldaten Erik Larsen, welchem von der
Staatsanwaltschaft San Francisco Desertation in Kriegszeiten vorgeworfen wird, da
er sich weigerte, am Golf-Krieg teilzunehmen, 24. Mai 1991;

- Verurteilung des von der CDU/CSU vorgelegten
Schwangerschaftsberatungsgesetzes und Forderung nach mehr Entscheidungsfreiheit
für Frauen und Streichung des § 218, 07. Juni 1991;

- Forderung an den bayerischen Innenminister, den Kongress der rechtsradikalen
Nationalistischen Front in Nürnberg zu verbieten, 27. Juni 1991;

- Erklärung des Bundesvorstandes und des Bundesverbandes Bürgerinitiativen
Umweltschutz (BBU) zur Räumung der Blockade vor dem Zwischenlager in
Gorleben durch die niedersächsische Polizei, 28. Juni 1991.-

Umfang: 1,0 cm

328 *lfd. Nr. 40*
Pressemitteilungen 07.1991 - 09.1991
Band 40

Enthält nur:

Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von Juli bis September 1991, insbesondere zur Einwanderungs- und Ausländerpolitik,

- Forderung nach einem Antidiskriminierungsgesetz und Eheschließungsrecht für homosexuelle Lebensgemeinschaften und Streichung der §§ 175 und 182 StGB, 03. Juli 1991;
- Forderung an die Bundesregierung, die Wirtschaftshilfe für Bulgarien einzustellen bis das Kernkraftwerk Kozlodju abgeschaltet wird, 09. Juli 1991;
- Unterstützung für die Forderung von Heinz Galinski, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, das Konzentrationslager Ravensbrück als Gedenkstätte zu erhalten und unter gesetzlichen Schutz zu stellen, 19. Juli 1991;
- Forderung nach Abschaffung der Wehrpflicht, Entmilitarisierung der Bundesrepublik, Rüstungs-Konversions-Konzepten und Anerkennung von Totalverweigerern, 25. Juli 1991;
- Solidaritätsbekundung zu den Protesten der Krankenschwestern und Pflegekräfte in Ostdeutschland für einheitliche Tarife im Gesundheitswesen und anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes, 25. Juli 1991;
- Forderung nach Rücktritt des Verkehrsministers Günther Krause, in Zusammenhang mit Berichten über seine Beziehungen zur Stasi, 05. Aug. 1991;
- Forderung an die Bundesregierung, sich für den Schutz des Regenwaldes einzusetzen, durch Einrichtung einer internationalen Konvention und eines Ökofonds, welcher von den Vereinten Nationen bewirtschaftet wird, 09. Sept. 1991;
- Solidaritätsbekundung mit 70 Asylbewerbern, welche in der Anscharkirche von Neumünster Zuflucht vor Rassismus suchen und sich gegen die Verbringung in die fünf neuen Bundesländer und Bayern zu Wehr setzen wollen, ca. Sept. 1991;
- Beschlüsse vom 1. Treffen des Länderrats in Potsdam zur Asyl- und Einwanderungspolitik und zu den sozialen und politischen Grundrechten der Roma in Europa, 17. Sept. 1991;
- Erklärung des Bundesvorstandes zur Gründung des Bündnis 90, 23. Sept. 1991.-

Umfang: 1,0 cm

329 *lfd. Nr. 41*
Pressemitteilungen 10.1991 - 12.1991
Band 41

Enthält nur:

Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von Oktober bis Dezember 1991, insbesondere zur Einwanderungs- und Ausländerpolitik,

- Forderung an die Bundesregierung, von Syrien die Auslieferung des Nazi-Verbrechers Alois Brunner zu fordern, 08. Okt. 1991;
- Glückwünsche an Aung San Suu Kyi zur Verleihung des Friedensnobelpreises, 15. Okt. 1991;
- Forderung nach Einhaltung des Jahrhundertvertrages zur Verstromung der Steinkohle bis 1995 und anschließenden Ersatz durch einen Kraft-Wärme-Koppelungs-Vertrag sowie nach einem sparsamen Einsatz heimischer Kohle, damit kein Bergmann arbeitslos wird, 16. Okt. 1991;
- Forderung an die Bundesregierung und die Innenminister der Länder, die erkenntungsdienstliche Behandlung von AsylbewerberInnen durch das Bundeskriminalamt (BKA) zu stoppen und die bereits gesammelten Daten zu vernichten, 22. Okt. 1991;
- Erklärung zum Entwurf des Senats der USA zur Erweiterung der Delikte, auf die die Todesstrafe angewendet werden kann, 23. Okt. 1991;
- Aufruf zur Demonstration am 9. Nov. 1991 in Berlin gegen die Diskriminierung und den Rassismus von AusländerInnen und AsylbewerberInnen und den Erhalt des Artikels 16 des Grundgesetzes, 25. Okt. 1991;
- Forderung der Grünen, die Fluchtursachen und nicht die Flüchtlinge zu bekämpfen, anlässlich der Ministerkonferenz über illegale Einreisen in Berlin, mit Teilnehmern aus 28 ost- und mitteleuropäische Staaten, 30. Okt. 1991;
- Erklärung zur Klage gegen Einzelbestimmungen des novellierten Parteiengesetzes vom 1. Jan. 1989, u.a. zur steuerlichen Abzugsfähigkeit für Spenden und Beiträge von 60.000 DM, 26. Nov. 1991;
- Erklärungen zur Ampelkoalition in Bremen, 05. und 12. Dez. 1991.-

Umfang: 2,0 cm

330 *lfd. Nr. 42*
Pressemitteilungen 01.1992 - 03.1992
Band 42

Enthält nur:

Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von Januar bis März 1992, insbesondere zur Einwanderungs- und Ausländerpolitik und den Menschenrechtsverletzungen in der Türkei,

- Forderung nach Entzug der Approbation von Ärzten in der ehemaligen DDR, in Fällen von gravierenden Verletzungen der Berufsethik und Verfolgung von Oppositionellen, 09. Jan. 1992;
- Erklärung über eine gemeinsame Kandidatur von Bündnis 90 und den Grünen bei der Bundestagswahl 1994, 14. Jan. 1992;
- Forderung nach Abschaltung des Atomreaktors Koslojuj und Beendigung jeglicher Unterstützung für Bulgarien, damit die EU-Gelder für eine rationelle Energieversorgung eingesetzt werden, 15. Jan. 1992;
- Erklärung zum Verschwinden des kurdischen Halkin Emek Partisi (HEP)-Politikers Mehmet Demir sowie Forderung nach Streichung der Rüstungssonderhilfen an die Türkei, um weitere Menschenrechtsverletzungen zu vermeiden, 15. Jan. 1992;
- Erklärung zur Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Bonn gegen Renate Damas, Jürgen Maier, Anne Nilges, Hans-Christian Ströbele und Eberhard Walde, wegen des Aufrufs zur Fahnenflucht, 21. Jan. 1992;
- Mitteilung zur Sendung Fernsehmagazins Report des Südwestfunks, über Argenten und informelle Mitarbeiter (IM), die im Bundesvorstand der Grünen tätig gewesen sein sollen, 16. Feb. 1992;
- Forderung des Bundesvorstandes nach Zurücknahme des Strafantrags der Schalom-Kirchengemeinde in Norderstedt gegen die AsylbewerberInnen, die seit Nov. 1991 im Gemeindehaus Zuflucht vor Verfolgung suchen, 17. Feb. 1992;
- Erklärung zu den gesundheitsschädlichen Folgen von Tschernobyl, insbesondere zur Verstrahlung von Nahrungsmitteln, 04. März 1992.-

Umfang: 1,0 cm

331 *lfd. Nr. 43*
Pressemitteilungen 04.1992 - 06.1992
Band 43

Enthält nur:

Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von April bis Juni 1992, insbesondere zur Einwanderungs- und Ausländerpolitik,

- Erklärung zur Abrechnung des Dualen Systems Deutschland (DSD), 31. März 1992;
- Verurteilung des US-amerikanischen Atomwaffentest in der Wüste von Nevada, 09. April 1992;
- Erklärung zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Parteienfinanzierung, insbesondere zur Veröffentlichung von Spenden ab 20.000 DM, 09. April 1992;
- Aufruf von Medico International und dem Bundesvorstand zur Beteiligung an der Beobachtung der ersten freien Wahlen im kurdischen Teil des Irak, 10. April 1992;
- Erklärung zur Änderung des Rechts auf Asyl in Artikel 16 des Grundgesetzes, 11. April 1992;
- Forderung nach einem Verbot des Rüstungsexportes im Grundgesetz und Aufklärung von legalen und illegalen deutschen Waffenexporten, 11. April 1992;
- Erklärung zur Einigung von SPD und FDP auf ein Modell der Fristenregelung mit einem Schwangerschaftsberatungsgesetz und Forderung der Grünen nach Streichung des § 218, 07. Mai 1992;
- Forderung von Innenminister Herbert Schnoor nach Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen aus Jugoslawien, 20. Mai 1992;
- Stellungnahme zu den Äußerungen von Angela Merkel zum Abtreibungsrecht (§ 218), u.a. zur Vermeidung von Kriminalisierung, 22. Mai 1992;
- Erklärung der Grünen zum Antrag der Bundestagsgruppe Bündnis 90/Die Grünen, der die Beteiligung deutscher Soldaten an UNO-Blauhelmeinsätzen ermöglicht, 26. Juni 1992;
- Kritik an der geplanten Einrichtung eines zwei-Klassen-Tarifrechts für ostdeutsche Betriebe, welchen Lohnzahlungen unter dem Tarif ermöglicht werden sollen, 26. Juni 1992.-

Umfang: 1,0 cm

332 *lfd. Nr. 44*
Pressemitteilungen 07.1992 - 09.1992
Band 44

Enthält nur:

Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von Juli bis September 1992, insbesondere zur Einwanderungs- und Ausländerpolitik,

- Protest gegen die Übergriffe der Polizei auf der Gegendemonstration zum Weltwirtschaftsgipfel und Forderung nach Demonstrations- und Meinungsfreiheit sowie Freilassung der festgenommenen Demonstranten, 06. Juli 1992;
- Forderung nach Bereitstellung von Mitteln für den sozialen Wohnungsbau und finanzielle Unterstützung der Kommunen bei der Unterbringung von Obdachlosen, 17. Juli 1992;
- Forderung nach Aufhebung der Einreisebeschränkung und Visapflicht für Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien sowie nach einer Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis, 27. Juli 1992;
- Erklärung zur Reform des Gesundheitswesens zu einer markt- und betriebswirtschaftlichen Gesundheitspolitik und Forderung nach Wiederherstellung des Solidarprinzips der gesetzlichen Krankenversicherung, 13. Aug. 1992;
- Forderung nach einem Verbot der Neonazi-Kundgebung am 15. Aug. 1992, zur Ehrung von Rudolf Hess, und Aufruf zur Teilnahme an der Gegendemonstration, 13. Aug. 1992;
- Forderung nach einem Antidiskriminierungsgesetz für Lesben und Schwule und einem Eheschließungsrecht für homosexuelle Lebensgemeinschaften, 17. Aug. 1992;
- Erklärung zum Versuch der Polizei, die Demonstration gegen Ausländerhass in Rostock durch Einschränkung des Versammlungsrechts zu verhindern, 29. Aug. 1992;
- Forderung an UNO und Bundesregierung nach Offenlegung aller Menschenrechtsverletzungen, insbesondere der Hinrichtungen im Internierungslager Celebici bei Konjic, 17. Sept. 1992;
- Erklärung zum Mordanschlag auf die kurdische Delegation der iranischen Demokratischen Partei und die mögliche Beteiligung des iranischen Geheimdienstes, 18. Sept. 1992;
- Aufruf zur Demonstration am 3. Okt. 1992 gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, insbesondere gegen eine Änderung des Grundgesetzartikels 16, 23. Sept. 1992;
- Pressemitteilung über die Unterzeichnung des Vertrages zur Abschiebung von Sinti und Roma nach Rumänien, 24. Sept. 1992;

Umfang: 1,5 cm

333 *lfd. Nr. 45*
Pressemitteilungen 10.1992 - 12.1992
Band 45

Enthält nur:

Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von Oktober bis Dezember 1992, insbesondere zur Einwanderungs- und Ausländerpolitik,

- Aufruf zur Demonstration am 3. Okt. 1992 in Frankfurt anlässlich der Deutschen Wiedervereinigung gegen Rassismus und für den Erhalt des Artikel 16 im Grundgesetz, 02. Okt. 1992;
- Erklärung des Bundesvorstandes zum Tod von Willy Brandt, 09. Okt. 1992;
- Pressemitteilung zu den Beschlüssen des Länderrats in Kassel zum Zusammenschluss mit Bündnis 90, u.a. über die Zusammensetzung des Bundesvorstandes und die Namensgebung der Partei, 11. Okt. 1992;
- Aufruf zur Demonstration am 14. Nov. 1992 in Bonn gegen Nationalismus, Rechtsradikalismus und Antisemitismus, 11. Okt. 1992;
- Forderung an die Bundesregierung, die Waffenlieferungen an die Türkei einzustellen und den Abschiebestopp von KurdenInnen wieder in Kraft zu setzen, 18. Okt. 1992;
- Erklärung zum Bau eines Zwischenlagers für Atommüll in Gorleben, 22. Okt. 1992;
- Protest der Bundesfrauenkonferenz gegen die medizinischen Versuche der Universitätsklinik Erlangen an einer sterbenden Frau und ihrem Fötus, 26. Okt. 1992;
- Pressemitteilung zur Kürzung der Sozialhilfe für AsylbewerberInnen, 02. Nov. 1992;;
- Forderung nach Freilassung des in der Türkei festgenommenen deutschen Journalisten Stefan Waldberg, 05. Nov. 1992;
- Erklärung zum Gedenken an die Judenprogrome von 1938 und Forderung nach Erhalt des Artikels 16 Grundgesetz, Grundrecht auf Asyl, 09. Nov. 1992;
- Forderung nach Aufnahme von Vergewaltigungen als Kriegsverbrechen in die Menschenrechtserklärung und Bereitstellung von Hilfsmaßnahmen für die Opfer von Massenvergewaltigungen, 20. Nov. 1992;
- Erklärung zur Ermordung von vier Menschen durch Neonazis in Wuppertal, die sich kritisch gegenüber der Neonazi-Szene geäußert hatten, 23. Nov. 1992;
- Aufruf zur Mahnwache vor der Botschaft von Jugoslawien (Serbien) zum Tag der Menschenrechte am 10. Dez. 1992, gegen die Massenvergewaltigungen in den Todeslagern von Bosnien-Herzegowina, 09. Dez. 1992;
- Protest gegen die Beteiligung der Bundeswehr an humanitären Aktionen der UNO in Somalia als verfassungswidrigem Auslandseinsatz der Bundeswehr, 17. Dez. 1992.-

Umfang: 1,0 cm

334 *lfd. Nr. 46*
Pressemitteilungen 01.1993 - 05.1993
Band 46

Enthält nur:

Pressemitteilungen aus dem Zeitraum von Januar bis Mai 1993, insbesondere zur Metall- und Stahlindustrie,

- Erklärung zur Unterzeichnung des START II-Vertrages zur Reduzierung der strategischen Waffen, 03. Jan. 1993;
- Erklärung des Bundesvorstandes zu den Kürzungen der Sozialleistungen, 20. Jan. 1993;
- Pressemitteilung zur Verurteilung des deutschen Journalisten Stephan Waldberg durch ein türkisches Staatssicherheitsgericht und Forderung nach sofortiger Freilassung, 22. Jan. 1993;
- Erklärung zu den Protestunterschriften an Außenminister Klaus Kinkel, gegen die Massenvergewaltigungen in Ex-Jugoslawien, 04. Feb. 1993;
- Solidaritätsbekundung zu den Protestaktionen der Stahlarbeiter gegen die Stilllegung der Stahlstandorte im Ruhrgebiet, 17. Feb. 1993;
- Einladung zur Pressekonferenz über die Verfolgung und Abschiebung der Roma Nidar Pampurova nach Mazedonien, durch Neonazis und Behörden der Stadt Köln, 08. März 1993;
- Einladung zur Aktionskonferenz am 20. März 1993 über Strategien gegen Rassismus und für eine menschliche Asyl- und Flüchtlingspolitik, 17. März 1993;
- Beschluss des Länderrates von Juni/Juli 1993 zum Energiekonsens, 18. März 1993;
- Pressemitteilung zum Gerichtsverfahren gegen Jürgen Maier, Anne Nilges, Hans-Christian Ströbele und Eberhard Walde, wegen des Aufrufs zur Fahnenflucht, 19. März 1993;
- Forderung an die Bundesregierung, die Vorbereitung zum Einsatz deutscher Soldaten an NATO-Kampfeinsätzen oder UNO-Blauhelmeinsätzen einzustellen, 15. April 1993;
- Presseerklärung zur Entscheidung des Bundesgesundheitsamtes zur Freisetzung gentechnisch veränderter Zuckerrüben und Kartoffeln der Firma Planta, 15. April 1993.-

Umfang: 1,0 cm

Namensregister

- Alt, Franz 13
Anwar as-Sadat, Muhammad 8
Apel, Hans 9
Appel, Roland 24
Auhagen, Hendrik 21
Beckmann, Lukas 14, 21
Bednarz, Klaus 38
Böll, Heinrich 11
Böttger, Martin 13
Bohley, Bärbel 14, 15
Brandt, Willy 45
Brauchitsch, Eberhard von 11
Breschnew, Leonid 8
Brunner, Alois 41
Burgmann, Dieter 9, 10
Daiber, Birgit 38
Damus, Renate 39, 42
Demir, Mehmet 42
Deniz, Baki 36
Ditfurth, Jutta 27, 28, 29
Evren, Kenan 12
Filmer, Ahmed 35
Galinski, Heinz 40
Genscher, Hans-Dietrich 9, 16
Gorbatschow, Michail 19
Gruhl, Herbert 4
Haack, Dieter 17
Hackethal, Julius 27
Härlin, Benedikt 18
Haußleiter, August 4, 32
Havel, Václav 30
Havemann, Katja 14
Havemann, Robert 9
Hess, Rudolf 26, 27, 44
Hopfenmüller, Günther 17
Horacek, Milan 15
Husak, Gustav 12
Jungk, Robert 28
Karaagac, Sedat 36
Kelly, Petra K. 4, 9
Kießling, Günter 15
Kim Dae-Jung 5
Kinkel, Klaus 46
Klöckner, Michael 18
Kohl, Helmut 11
Krause, Günther 40
Kuhr, Anja 17
Kutlu, Haydar 27
Kyi, Aung San Suu 41
Larsen, Erik 39
Lis, Ladislav 12
Luxemburg, Rosa 28
Maier, Jürgen 25, 42, 46
Mann, Norbert 4, 34
Merkel, Angela 43
Michalik, Regina 22, 26
Moser, Wolfgang 24
Nemec, David 30
Nilges, Anne 42, 46
Pampurova, Nidar 46
Penc, Stanislav 30
Pensellin, Ursula 28

Namensregister

Petrova, Jana	30	Zimmermann, Friedrich	25
Philipp, Stephan	19		
Piermont, Dorothee	24		
Placak, Petr	30		
Poppe, Ulrike	14, 15		
Quistorp, Eva	21		
Rezai, Kamal	35		
Roth, Claudia	38		
Sargin, Nehat	27		
Scherer, Gerhard	34		
Schmidt, Helmut	8		
Schneider, Dirk	15		
Schnoor, Herbert	43		
Schoppe, Waltraud	15		
Schuhmacher, Hans-Jörg	18		
Schwarzer, Alice	23		
Schwarz-Schilling, Christian	30		
Strauß, Franz-Josef	28		
Strobl, Ingrid	28, 30, 31		
Ströbele, Hans-Christian	42, 46		
Süssmuth, Rita	25		
Tellkämper, Wilfried	38		
Theissen, Horst	29		
Töpfer, Klaus	34		
Veverka, Ota	30		
Vogt, Roland	4, 6, 7, 15		
Vondra, Alexander	30		
Waldberg, Stefan	45, 46		
Walde, Eberhard	38, 39, 42, 46		
Weinert, Mathias	26		
Würzbach, Peter K.	21		

Ortsregister

- Afghanistan 28
Argentinien 9
Baden-Württemberg 29
Berlin 41
Bonn 10, 13, 21, 29
Bosnien-Herzegowina 44, 45
Bremen 41
Bulgarien 42
Bundesrepublik Deutschland (BRD)
9, 35, 40
Camphausen <Saarland> 25
Cattenom <Frankreich> 23, 24
Comiso <Italien> 10
Deutsche Demokratische Republik
(DDR) 9, 12, 14, 15, 28, 32, 33
El Salvador 33
Erlangen 45
Europa 13, 15, 23, 40
Fessenheim <Frankreich> 8
Finnland 37
Frankreich 9, 24
Gorleben 4, 18, 19, 35, 39, 45
Großbritannien 9, 28
Grünheide 9
Hamburg 16
Hanau 18
Harrisburg, PA <USA> 1
Heilbronn 19
Irak 25, 28, 38, 39
Iran 25, 33, 35
Island 23
Israel 9, 28, 29, 38
Istanbul <Türkei> 16
Japan 7
Jugoslawien 37, 44, 45, 46
Kambodscha 34
Köln 9, 30
Korea (Republik Südkorea) 7
Kosloduj <Bulgarien> 40, 42
Kuba 31
Kurdistan 38, 43
La Hague <Frankreich> 8, 30
Libanon 9, 10, 29
Lübeck 11
Lüchow-Dannenberg 18
Malville <Frankreich> 17
Memmingen 30
Mexiko 17
Moskau 13
Mururoa-Atoll
<Französisch-Polynesien> 9
Mutlangen 20
Neckarwestheim 29
Neumünster 40
Nevada <USA> 43
Norderstedt 42
Nordrhein-Westfalen 37
Nordsee 34
Palästina 28
Paris <Frankreich> 25
Peking <China> 31
Philadelphia, PA <USA> 13
Polen 9, 14

Ortsregister

Ramstein 16
Ruhrgebiet 46
Saarbrücken 19
Schönberg 11
Somalia 45
Spanien 36
Südafrikanische Republik 25, 28
Syrien 41
Teheran <Iran> 25
Tirol 38
Tschechoslowakei (CSSR) 7, 12
Tschernobyl <Ukraine> 21
Türkei 7, 9, 12, 15, 16, 27, 32, 35,
36, 37, 38, 42, 45, 46
UdSSR 23
USA 41
Wackersdorf 21, 22, 30
Waldheide 19
Wuppertal 45

Körperschaftsregister

- Aktion Muttertag 20
- ALKEM <Hanau> 18
- Amtsgericht Bonn 39
- Amtsgericht Memmingen 29
- Anti-Atom-Seminar, Grüne - KPdSU
<Moskau> 32
- Arbeitsgemeinschaft der
öffentlich-rechtlichen
Rundfunkanstalten (ARD) 13
- Bayernwerk AG 33
- Bertrand Russell Peace Foundation,
Friedenspolitisches Forum Rom
1981 8
- Bewegung für das Leben 22
- Bild <Zeitung> 4, 26, 27
- Boehringer Ingelheim AG & Co. KG
16
- Botschaft der Islamischen Republik
Iran <Bundesrepublik
Deutschland> 35
- Botschaft der Türkei <Bundesrepublik
Deutschland> 9
- Botschaft der USA <Bundesrepublik
Deutschland> 21
- Botschaft von Jugoslawien
<Bundesrepublik Deutschland>
45
- Botschaft von Südkorea
<Bundesrepublik Deutschland> 5
- Bremer Grüne Liste (BGL) 3
- Bündnis 90 40, 42, 45
- Bündnis 90/Die Grünen 43
- Bündnis 90/Die Grünen
Baden-Württemberg,
Landtagsfraktion 17
- Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg 35
- Bundesamt für Sicherheit in der
Informationstechnik (BSI) 35
- Bundesgesundheitsamt (BGA) 46
- Bundeskriminalamt (BKA) 41
- Bundesrat 35
- Bundesverband Bürgerinitiativen
Umweltschutz (BBU) 3, 4, 6, 7,
39
- Bundesverfassungsgericht 29, 43
- Bundeswehr 37, 38
- Charta 77 <Tschechoslowakei> 7,
12
- Ciba Geigy AG <Basel/Schweiz> 23
- Comitato per il disarmo e la pace
(CUDIP) <Italien> 10
- Cornelius-Helferlich-Stiftung <Bad
Honnef> 29
- Demokratische Sozialisten (DS) 9
- Der Spiegel <Zeitschrift> 29
- Deutsche Bischofskonferenz 11
- Deutsche Forschungs- und
Versuchsanstalt für Luft- und
Raumfahrt 11
- Deutsche
Friedensgesellschaft-Vereinigte
Kriegsdienstgegner (DFG-VK)
19, 21
- Deutsche Lufthansa 30
- Deutscher Bundestag 11
- Deutscher Bundestag,
Verteidigungsausschuss 9
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
10
- Die Friedensliste 15

Körperschaftsregister

- Die Grünen 5, 6, 7, 8, 10, 11, 12,
13, 15, 16, 17, 19, 21, 24, 25, 26, 27,
29, 30, 31, 32, 34, 35, 38, 39, 40, 41,
42, 43
- Die Grünen Baden-Württemberg 3
- Die Grünen Berlin 18
- Die Grünen Nordrhein-Westfalen,
Landesdelegiertenkonferenz 1980
Wesel 4
- Die Grünen, Aktionskonferenz
Asylrecht ist Menschenrecht
Hannover 1993 46
- Die Grünen, Arbeitsgemeinschaft
Frieden und Gewaltfreiheit 4
- Die Grünen,
Bundesarbeitsgemeinschaft Frauen
24, 27
- Die Grünen,
Bundesdelegiertenkonferenz 1980
Dortmund 4
- Die Grünen,
Bundesdelegiertenkonferenz 1980
Saarbrücken 4
- Die Grünen,
Bundesdelegiertenkonferenz 1981
Offenbach 7, 8
- Die Grünen,
Bundesdelegiertenkonferenz 1982
Hagen 10
- Die Grünen,
Bundesdelegiertenkonferenz 1983
Duisburg 14
- Die Grünen,
Bundesdelegiertenkonferenz 1985
Hagen 20
- Die Grünen,
Bundesdelegiertenkonferenz 1989
Münster 31
- Die Grünen, Bundesfrauenkonferenz
1992 Kassel 45
- Die Grünen, Bundeshauptausschuss
9, 13, 19, 24, 27, 29, 30
- Die Grünen, Bundestagsfraktion 28
- Die Grünen, Bundesvorstand 4, 8, 9,
10, 11, 12, 16, 17, 18, 19, 22, 28, 32,
39, 40, 42, 43, 45, 46
- Die Grünen, Friedensfest 1981
Breisach 7
- Die Grünen, Kongreß "Ende der
Bescheidenheit", Frankfurt 1986
22
- Die Grünen, Länderrat 40
- Die Grünen, Länderrat 1992 Kassel
45
- Die Grünen, Tribunal gegen
Erstschlags- und
Massenvernichtungswaffen in Ost
und West 1983 Nürnberg 11
- Dogru, Ikibine <Zeitschrift> 36
- Duales System Deutschland (DSD)
43
- Dynamit Nobel AG 17
- Electricité de France (EDF)
<Frankreich> 24
- EUCOMmunity 25
- Fraktion für die technische
Koordinierung und Verteidigung
der unabhängigen Gruppen und
Abgeordneten 2
- Freie Demokratische Partei (FDP)
16, 19, 43
- Friedensdemonstration, 10.06.1982
Bonn 9, 10
- Gesamtschule Bonn-Beuel 21
- Gewerkschaft Öffentliche Dienste,
Transport und Verkehr (ÖTV) 19

Körperschaftsregister

- Green Alternative European Link
(GRAEL) 16
- Greenpeace <Frankreich> 24
- Grüne Alternative Liste (GAL) 15
- Grüne Partei (GP) <DDR> / Die
Grünen,
Entmilitarisierungskonferenz
Magdeburg 1990 34, 35
- Halkin Emek Partisi (HEP) 42
- Humanistische Union 24
- Industriegewerkschaft Medien 35
- Industriegewerkschaft Metall 9, 13,
24, 30
- Initiative Volkszählungsboykott 11
- Jakob Hauser <Firma/Hennef> 19
- Justizvollzugsanstalt
Bielefeld-Brackwede 17
- Justizvollzugsanstalt Essen 17
- Justizvollzugsanstalt Kaisheim 5
- Khmer Rouge <Kambodscha> 34
- Komitee für gesellschaftliche
Selbstverteidigung (KOR) <Polen>
13, 14
- Konzentrationslager Ravensbrück 40
- Landgericht Bonn 42
- Landgericht Nürnberg-Fürth 27
- Landgericht Trier 34
- Medico International 43
- Milliyetçi Hareket Partisi (MHP)
<Türkei> 7
- Nationale Volksarmee (NVA)
<DDR> 37
- Nationalistische Front 39
- North Atlantic Treaty Organization
(NATO) 7, 9, 10, 13, 37
- NUKEM <Hanau> 18
- Planta 46
- Preussen Elektra AG 33
- Pro Familia 24, 29
- Radikal <Zeitschrift> 18
- Regenbogen - Bayerische Stiftung für
Leben und Umwelt 34
- Rote Armee Fraktion (RAF) 19, 27
- Sandoz AG <Basel/Schweiz> 23
- Solidaritätskomitee der DDR 16
- Solidarnosc <Polen> 7, 9, 13, 14
- Sonstige Politische Vereinigung (SPV)
Die Grünen 1, 2, 3
- Sonstige Politische Vereinigung (SPV)
Die Grünen, Bundestreffen 1979
Offenbach 3
- Sozialdemokratische Partei
Deutschlands (SPD) 9, 11, 15,
21, 29, 43
- Staatsanwaltschaft San Francisco
<USA> 39
- Süddeutsche Zeitung 34
- Südwestfunk (SWF) 24, 42
- Transnuklear <Hanau> 28
- United Nations Organization (UNO)
9, 43
- Universitätsklinik Erlangen 45
- Weltwirtschaftsgipfel 1985 Bonn 19
- Westdeutscher Rundfunk (WDR) 38

Sachregister

- § 175 StGB 40
- § 177 StGB Vergewaltigung, Sexuelle Nötigung 28
- § 218 / Grüne 24, 25, 29, 30, 39, 43
- § 218 StGB 36
1. Golfkrieg (Irak-Iran 1980-1988) 5, 25
2. Golfkrieg (Irak-Kuwait 1990-1991) 38, 39
- 35-Stunden-Woche 16, 24, 35
- ABC-Waffen 9, 11, 13
- Abfall 35
- Abfallbeseitigung 28
- Abfallentsorgung 28
- Abrüstung 1, 2, 3, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15
- Abrüstungsverhandlungen 27, 46
- Abschiebestopp 37, 45
- Abschiebung 36, 37, 38, 40, 44, 46
- Abtreibung 22, 23, 24, 29, 30, 33, 38, 43
- Afghanistan-Intervention (sowjetische) 4, 28
- Agrarpolitik 15
- AIDS 27, 28, 29
- Alpen (Ökosystem) 38
- Alpentransit 38
- Amnestie 27
- Ampelkoalition 41
- Anti-AKW-Bewegung 4
- Antidiskriminierungsgesetz (Frauen) 22, 27, 28
- Antidiskriminierungsgesetz (Homosexuelle) 40, 44
- Antimilitarismus 8
- Antisemitismus 45
- Arbeitslosigkeit 10, 21
- Arbeitszeitverkürzung 16, 19
- Armut 24
- Assoziation Bündnis 90 / Die Grünen 42
- Asylbewerber 18, 40, 41, 42, 45
- Asylrecht 28, 43, 45
- Atomarer Unfall 21, 42
- Atomausstieg 21, 22, 25, 26
- Atomenergie 1, 2, 24, 25, 33
- Atomindustrie 18
- Atomkraft 1, 2, 24, 25, 33
- Atomkraftgegner 4
- Atomkraftwerk 7, 8, 10, 11, 12, 15, 17, 18, 21, 22, 23, 24, 29, 30, 32, 33, 35, 40, 42
- Atommüll 18, 23
- Atommülltransporte 28
- Atomraketen 6, 7, 11
- Atomrechtliches Genehmigungsverfahren 6
- Atomtests 21, 24, 43
- Atomwaffen 10, 11, 12, 13, 14, 15, 19, 23, 28, 46
- Atomwaffenfreie Zonen 8, 23
- Atomwaffenstandort-Blockade 26
- Atomwaffentests 21, 24, 43
- Atomwirtschaft 18
- Aufbau Ost 43
- Aufenthaltsrecht 35, 36, 38
- Ausbildungsförderung 17

Sachregister

- Ausländer 35
- Ausländerfeindlichkeit 31, 41, 42
- Ausländerpolitik 15, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45
- Ausländerwahlrecht 37
- Auslandseinsätze der Bundeswehr 45, 46
- Auslieferung 31, 41
- Autoverkehr 4
- BAföG 17
- Betriebsstilllegung 46
- Bildungspolitik 8
- Blauhelm-Einsätze 43
- Blockade 13, 16, 20, 38, 39
- Blockadeaktion (Gerichtsverfahren) 26
- Bündnis 90 / Die Grünen (Assoziation) 42
- Bürgerbegehren 20, 22
- Bürgerkrieg 33
- Bundesausbildungsförderungsgesetz 17
- Bundestagswahl 1980 4, 5
- Bundestagswahl 1987 24
- Bundestagswahl 1994 42
- Bundesvorstandswahl 8
- Chemieindustrie 17
- Chemische Industrie 17
- Chemische Waffen 9, 11, 15
- Chlorierte Kohlenwasserstoffe 5
- CKW 5
- Cruise Missiles 10, 11, 14, 25
- DDR-Einreiseverweigerung 9, 15
- DDR-Opposition 28
- Demokratie 8, 31, 41
- Demonstration 3, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 13, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 35, 36, 40, 41, 44, 45, 46
- Demonstrationsrecht 27, 44
- Deserteure 39
- Dioxin 16, 17
- Diskriminierung Homosexueller 15, 28
- Einwanderung 41, 42, 43, 44, 45
- Energiepolitik 46
- Energiewende 21, 22, 25, 26
- Entmilitarisierung 9, 23, 33, 34, 35
- Erneuerbare Energien 32
- Erwerbslosigkeit 10, 21
- Europapolitik 16
- Europawahl 1979 1, 2
- Europawahl 1984 15
- Europawahl 1989 29, 30
- EU-Sozialpolitik 15
- EU-Umweltpolitik 15
- Falkland-Konflikt 9
- FCKW 5
- Flüchtlinge 17, 43, 44
- Flüchtlingshilfe 39
- Flughäfen 16
- Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffe 5
- Folter 15
- Forschung 11
- Frauen / Wehrpflicht 14, 15

Sachregister

- Frauenbewegung 20
Frauenerwerbsarbeit 20
Frauenpolitik 20, 26
Frauenquote 25, 29
Frauenstatut 22
Friedensbewegung 1, 8, 23, 34
Friedensdemonstrationen 9, 10
Friedensliste / Grüne 15
Friedensmärsche 6, 13, 21
Friedensnobelpreis 41
Friedenspolitik 2, 8, 15
Fünfunddreißig-Stunden-Woche 16, 24, 35
Gedenkstätten 40
Gentechnisch veränderte Lebensmittel 46
Gentechnologie 28, 29, 30
Gesundheitspolitik 44
Gesundheitswesen 25, 44
Gewalt gegen Kinder 5
Giftgas 28
Giftstoffe 23
Grenzkontrollen 44
Grundgesetz 41, 45
Grundrechte 6, 33, 43
Grundrente 19
Hausbesetzung 6, 8
Homosexualität 28
Hormonbehandlung 5
Humanitäre Hilfe 38, 39
Hungerstreik 9, 10, 12, 16, 19, 25, 29, 30, 31, 32, 36
Jahrestag 1. September 1939 32
Jahrestag 6./9. August 1945 -
Atombombenabwurf
Hiroshima/Nagasaki 20
Jahrestag 9. November 1938 45
Jahrestag 20. Juli 1944 16
Kabelnetze 11
KDV 10, 19, 21, 30, 32, 36
Kernenergie 1, 2, 24, 25, 33
Kießling-Affäre 15
Kirche / Grüne 24
Kommunalwahl DDR 34
Konversion 40
Krankenversicherung 44
Kriegsdienstverweigerung 10, 19, 21, 30, 32, 36
Kriegsverbrechen 45
Kulturpolitik 11
Kurden / Irak 39
Landtagswahl Baden-Württemberg 4
Landtagswahl Nordrhein-Westfalen 4
Landtagswahl Saarland 34
Landwirtschaft 5
Lebensmittel 42
Lehrer 21
Lohnverzicht 43, 44
Luftverschmutzung 16, 37
Marschflugkörper 10, 11, 14, 25
Massenvernichtungswaffen 9, 11, 13
Medizinische Forschung 45
Meinungsfreiheit 31, 33, 35, 36, 44

Sachregister

- Menschenrechte 12, 18, 19, 31, 32, 33, 41, 45
- Menschenrechtsverletzung 12, 13, 15, 16, 17, 19, 23, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 37, 42, 44, 45
- MigrantInnen 35
- Militär 37
- Militärstrategie 5
- Militarisierung des Weltraums 11
- Militarismus 14
- Müll 35
- Müllbeseitigung 28
- Mülldeponie 11, 17
- Müllverbrennung 34
- Nationalismus 27
- NATO-Doppelbeschluß 5, 7
- NATO-Strategie 5
- Neofaschismus 18, 44, 45
- Neonazis 18, 44, 45
- Neutronenbombe 9
- Nordseeschutzkonferenz 34
- Novel Food 46
- Obdachlosigkeit 44
- Öffentlicher Dienst 19
- Öffentlicher Personennahverkehr 7
- ÖPNV 7
- Organklage 11
- Paragraph 175 StGB 40
- Paragraph 177 StGB Vergewaltigung, Sexuelle Nötigung 28
- Paragraph 218 StGB 36
- Paragraph 218 StGB / Grüne 24, 25, 29, 30, 39, 43
- Parteiausschluß 18
- Parteienfinanzierung 11, 41, 43
- Parteigründung 3, 9, 40
- Parteispendenaffäre 11
- Parteistrategie 34
- Pershing 10, 11, 14, 19, 25
- Personalausweise 21
- Politikfinanzierung 11, 41, 43
- Politische Gefangene 7, 9, 12, 13, 14, 15, 16, 23, 25, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 36
- Polizei 37, 44
- Pressefreiheit 38
- Quotierung 25, 29
- Radio 11
- Radioaktive Abfälle 35
- Radioaktivität 9, 11, 42
- Raketenstationierung 6, 7, 9, 10, 11, 13, 14, 15, 21, 25
- Rassismus 36, 37, 40, 41, 42, 44, 45, 46
- Reaktorkatastrophe 21, 42
- Rechtsextremismus 7, 19, 30, 31, 45
- Rechtsradikalismus 7, 19, 30, 31, 45
- Recycling 43
- Regenerative Energien 32
- Regenwald, Tropischer 40
- Rüstungsausgaben 10
- Rüstungsetat 10
- Rüstungsexport 43
- Rüstungshaushalt 10
- Rundfunk 11

Sachregister

- Satelliten 11
- Saurer Regen 11
- Schiffsbau 13
- Schwangerenberatungsgesetz 25, 29, 39, 43
- Schwangerschaftsabbruch 22, 23, 24, 29, 30, 33, 38, 43
- SDI 11
- Sexualstrafrecht 40
- Sinti und Roma 40, 44
- Sinti und Roma (Nationalsozialistische Verfolgung) 37, 46
- Sozialer Wohnungsbau 44
- Sozialhilfe 45, 46
- SPD-FDP-Grüne-Koalition 41
- Stahlindustrie 46
- Startbahn-West-Kampagne 5, 8, 15
- Steinkohle 25, 41
- Sterbehilfe 26, 27
- Sterilisation 28
- Strafrecht 21
- Streik 24, 29
- Studentenstreik 17
- Subventionen 7
- Tarifverträge 19, 29, 40
- Terrorismus 28
- Tierschutz 10, 20
- Todesstrafe 37, 41
- Totalverweigerung 31, 34, 40
- Tropischer Regenwald 40
- Truppenübungsplätze 19
- Umweltpolitik 17
- Untertarifliche Entlohnung 43, 44
- Verbraucherboykott 16, 23, 29
- Verfassungsklage 23
- Vergewaltigung als Kriegsverbrechen 46
- Vergewaltigung in der Ehe 28
- Verkehrspolitik 4
- Verteidigungsetat 10
- Verteidigungshaushalt 10
- Videüberwachung 21
- Visumspflicht 44
- Volksbegehren 20, 22
- Volksentscheid 20
- Volkszählung 29
- Volkszählungsboykott 11, 24, 27, 29
- Vorlesungsboykott 17
- Vormundschaft 28
- Waffenhandel 28
- Wahlbeobachtung 43
- Wahlkampf 2
- Waldsterben 12, 16
- Wasserversorgung 11
- Wehrpflicht 40
- Wehrpflicht / Frauen 14, 15
- Weltraum 11
- Werften 13
- Wiederaufarbeitung 20
- Wiederaufarbeitungsanlage 8, 22, 30
- Wirtschaftsförderung (Neue Bundesländer) 43
- Wirtschaftspolitik 15

Sachregister

Zivildienst 31

Ziviler Ungehorsam 24

Zuwanderung 41, 42, 43, 44, 45

Zwischenlagerung 18, 19, 45

1 Pressemitteilungen	3
Namensregister	47
Ortsregister	49
Körperschaftsregister	51
Sachregister	54